



Briefing Notes Zusammenfassung

Gruppe 62 – Informationszentrum Asyl und Migration

Türkei – Januar bis Juni 2025

30. Juni 2025

13. Januar 2025

Sondierungen zu potenziellen Friedensgesprächen mit der PKK

Nachdem zwei Abgeordnete der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) am 28.12.24 den inhaftierten PKK-Führer Abdullah Öcalan in seiner Haftzelle besucht hatten, folgten am 07.01.25 gemäß Presseberichten Sondierungen einer Delegation der DEM mit weiteren politischen Parteien bezüglich möglicher Friedensgespräche mit der von der Türkei, den USA und der EU als terroristische Vereinigung eingestuften PKK.

Im Oktober 2024 hatte der Parteichef der mit der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) an der Regierung beteiligten rechtsnationalistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Devlet Bahçeli, den Vorschlag gemacht, im Gegenzug für die Option seiner Freilassung solle Öcalan zu einem Ende des jahrzehntelangen Kampfes der PKK und deren Auflösung aufrufen. Staatspräsident Erdoğan hatte damals den Vorschlag als „Fenster für eine historische Gelegenheit“ bezeichnet.

Die beiden DEM-Abgeordnete Sirri Süreyya Önder und Pervin Buldan hatten sich bei dem Treffen mit Öcalan, dem ersten politischen Besuchs Öcalans seit zehn Jahren, über diese Entwicklung unterhalten und Öcalan hätte Presseberichten zufolge die Botschaft übermitteln lassen, dass er bereit sei, die notwendigen positiven Schritte zu unternehmen und die erforderliche Forderung zu stellen. Außerdem habe er von einer Ära des Friedens, der Demokratie und der Brüderlichkeit für die Türkei und die Region gesprochen. Die DEM ließ verlauten, dass Öcalan bereit sei, einen kurdisch-türkischen Friedensprozess zu unterstützen und er habe auch seine Bereitschaft angedeutet, den bewaffneten Kampf der PKK zu beenden.

Laut eines Medienberichts vom 07.01.25 führten Delegierte der DEM im Anschluss an das Treffen mit Öcalan Gespräche mit weiteren politischen Parteien um einen möglichen Friedensprozess zu diskutieren. So trafen Sirri Süreyya Önder, Pervin Buldan und Ahmet Türk am 07.01.24 mit Vorsitzenden und Vertreterinnen und Vertretern der Republikanischen Volkspartei (CHP), der Partei für Demokratie und Fortschritt (DEVA) und der Neuen Wohlfahrtspartei (YRP) zusammen. Der CHP-Vorsitzende betonte die Notwendigkeit einer parlamentarischen Kommission, in welcher sämtliche Parteien beteiligt seien, zur Leitung potenzieller Friedensgespräche. Zuvor fanden bereits Gespräche mit der AKP und der MHP, darunter auch mit dem MHP-Vorsitzenden Bahçeli, statt. Önder und Buldan hatten in dem Kontext möglicher Friedensgespräche am 11.01.25 auch den ehemaligen und seit 2016 inhaftierten Co-Vorsitzenden der Demokratischen Partei der Völker (HDP), Selahattin Demirtaş, in Haft besucht. Am 12.01.25 besuchten sie die ebenfalls seit 2016 inhaftierte ehemalige Co-Vorsitzende Figen Yükksekdağ in Haft. Nach den Treffen erklärten die DEM-Delegierten, dass Demirtaş und Yükksekdağ mitteilten, sie würden einen Friedensprozess unterstützen und zu einem Gelingen beitragen wollen. Präsident Erdoğan erklärte am

11.01.25 bei Parteitagen der AKP in Diyarbakır und Şanlıurfa seine Unterstützung für einen möglichen Friedensprozess.

Parallel zu den Sondierungen hatten laut Mitteilung vom 11.01.25 des Innenministers Ali Yerlikaya Sicherheitskräfte seit Anfang Januar 2025 insgesamt 147 Personen in 41 Provinzen mit mutmaßlichem Bezug zur PKK festgenommen.

Im Jahr 2015 war ein Friedensprozess zwischen der damaligen Regierung und der PKK gescheitert.¹

NGO: 394 Femizide im Jahr 2024

Die Frauenrechtsorganisation We Will Stop Femicide Platform veröffentlichte am 03.01.25 ihren Jahresbericht über Morde an Frauen und Frauen, die unter verdächtigen Umständen im Jahr 2024 starben. So seien laut Bericht mindestens 394 Frauen getötet worden und 259 Frauen seien unter verdächtigen Umständen gestorben. Dies sei die höchste Zahl an jährlichen Frauenmorden, seit We Will Stop Femicide Platform im Jahr 2010 mit der Erfassung von Frauenmorden begonnen hatte. Im Jahr 2023 habe es noch 315 Frauenmorde und 248 Tode unter verdächtigen Umständen gegeben.

2024 seien 280 Frauen von ihrem Ehemann, ehemaligen Ehemann, Partner, Vater, Bruder, Sohn oder einem anderen männlichen Verwandten und 57 % der Mordopfer zuhause getötet worden. Außerdem seien gemäß Bericht 19 Mädchen von ihren Vätern, neun davon zusammen mit ihren Müttern, ermordet worden. 111 Frauen seien getötet worden, weil sie Entscheidungen über ihr eigenes Leben hätten treffen wollen. So hätten sie sich etwa scheiden lassen wollen oder hätten sich geweigert zu heiraten. Zwei Frauen seien aus Hass getötet worden. Es habe dem Bericht zufolge nicht geklärt werden können, unter welchem Vorwand 233 Frauen getötet worden waren.

Zu den Todesfällen unter verdächtigen Umständen gehören etwa Fälle von Frauen, die vermisst und schließlich tot aufgefunden worden waren. So sei eine Studentin, nachdem sie 18 Tage lang vermisst worden war, tot am Ufer des Vansees aufgefunden worden. Die Behörden würden laut dem Vater der Frau von Suizid ausgehen, die Familie bestreite laut Bericht jedoch diese Darstellung und fordere eine Untersuchung.²

Verurteilung von 58 Medienschaffenden im Jahr 2024

Medienberichten zufolge hat eine Abgeordnete der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) am Anfang Januar 2025 einen Bericht zur Lage der Medienfreiheit für das Jahr 2024 vorgestellt. So seien laut dieses Berichts im Jahr 2024 insgesamt 58 Medienschaffende zu ca. 135 Jahren Haft verurteilt, 112 Medienschaffende festgenommen und 26 verhaftet worden. Medienschaffende seien zudem mit Geldstrafen in Höhe von insgesamt 261.820 TRY (rd. 7.209 EUR, Stand: 13.01.25) belegt und 872 Medienschaffende seien strafrechtlich verfolgt worden. Fünf Medienschaffende hätten ihr Leben verloren, jedoch wird auf die Todesumstände nicht weiter eingegangen. Zusätzlich seien 240 Fälle von Drohungen, Angriffen oder Behinderungen gegenüber Medienvertreter dokumentiert.

Der Bericht wirft der regierenden Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Präsident Erdoğan vor, ihre Bemühungen zu intensivieren, unabhängigen Journalismus und abweichende Meinungen zu unterdrücken. Die Türkei belegt im von der NGO Reporter ohne Grenzen veröffentlichten Pressefreiheitsindex für 2024 den 158. Platz von 180 Ländern.³

20. Januar 2025

Festnahme von Bürgermeisterin und Bürgermeistern

Laut Presseberichten wurde am 13.01.25 Rıza Akpolat, Parteimitglied der Republikanischen Volkspartei (CHP) und Bürgermeister der Istanbuler Stadtgemeinde Beşiktaş, festgenommen. Ihm war u.a. Bestechung vorgeworfen worden und laut Staatsanwaltschaft soll er Mitglied in einer kriminellen Organisation sein. Erst wenige Tage später, am 16.01.24, wurde schließlich ein Haftbefehl gegen Akpolat erlassen. Die CHP kritisierte das Verfahren und bezeichnete es als politisch motiviert.

Bereits am 10.01.25 wurden gemäß Medienberichten eine Bürgermeisterin und ein Bürgermeister der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) bei Razzien im Bezirk Akdeniz in der Provinz Mersin festgenommen. Neben der Bürgermeisterin und dem Bürgermeister der Stadtgemeinde Akdeniz,

Hoşyar Sarıyıldız und Nuriye Aslan, nahm die Polizei auch drei Stadtratsmitglieder fest. Die festgenommene Bürgermeisterin und der festgenommene Bürgermeister wurden durch Treuhänder der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) ersetzt.

Als Grund für die Festnahme wurde u.a. Propaganda für eine terroristische Vereinigung, die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Verstoß gegen das Gesetz zur Verhinderung der Finanzierung des Terrorismus seitens der Generalstaatsanwaltschaft angegeben. Am 10.01.25 hatte es vor der Stadtverwaltung eine Kundgebung und Demonstration seitens der DEM als Reaktion gegeben auf die Festnahme gegeben.

Seit den Kommunalwahlen vom 31.03.24 wurden in neun Gemeinden Treuhänder ernannt. Außerdem hat die AKP-Regierung laut einem Medienbericht vom 23.12.24, welcher sich auf einen von der oppositionellen CHP veröffentlichten Bericht stützt, von 2016 bis 2024 insgesamt 154 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus ihrem Amt entfernt und durch von der Regierung ernannte Treuhänder ersetzt. Meistens sind die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aufgrund von Terrorismusvorwürfen, etwa mutmaßlichen Verbindungen zu terroristischen Organisationen wie der PKK, abgesetzt worden.⁴

Festnahmen von mutmaßlichen Anhängern der Gülen-Bewegung

Medienberichten zufolge haben Sicherheitskräfte vom 07.01. bis 17.01.25 landesweit um die 200 Personen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen.

Am 14.01.25 wurden bei Razzien in 23 Provinzen 110 Personen festgenommen. Darunter befanden sich 13 ehemalige Polizeibedienstete, die zuvor wegen mutmaßlicher Verbindungen zu Gülen entlassen worden waren, zwei Unteroffiziere des Militärs, zwei Hochschulbeschäftigte sowie Lehrer, Ärzte, ein pensionierter Polizist und Militärschüler. Den Festgenommenen wurde vorgeworfen, an Gülen-nahen Aktivitäten an Universitäten, im Militär und in anderen Bereichen beteiligt gewesen zu sein. Zuvor hatte am 08.01.25 Innenminister Ali Yerlikaya auf dem sozialen Netzwerk X erklärt, dass bei Einsätzen in 38 Provinzen 63 Personen festgenommen worden waren. Ihnen wurde vorgeworfen, die Gülen-Bewegung finanziell zu unterstützen und ihre Propaganda zu verbreiten.

Laut Pressebericht vom 15.01.25 kam es zu weiteren Festnahmen von 17 Personen in Izmir, welche in sozialen Medien den im Oktober 2024 verstorbenen Anführer der Gülen-Bewegung, Fethullah Gülen (vgl. BN v. 21.10.24), gelobt haben sollen.

Einem Medienbericht vom 17.01.25 zufolge waren weitere 18 Personen wegen mutmaßlicher Unterstützung der Gülen-Bewegung in Istanbul und Çankırı festgenommen worden. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, die App ByLock, das seitens der Regierung als Kommunikationsmittel der Anhänger der Gülen-Bewegung gilt, benutzt zu haben.⁵

27. Januar 2025

Ermittlungen gegen Mitglieder von Oppositionsparteien

Laut Medienberichten wurde Ümit Özdağ, der Vorsitzende der ultrarechten Zafer-Partei, am 20.01.25 aufgrund seiner Aktivitäten in sozialen Medien wegen „Aufstachelung zu Hass und Feindschaft in der Öffentlichkeit“ und seiner mutmaßlichen öffentlichen Beleidigung von Präsident Erdoğan in Ankara festgenommen.

Die Ermittlungen der Istanbul Generalstaatsanwaltschaft waren Presseberichten zufolge wegen Özdağs Äußerungen während eines Treffens der Provinzvorsitzenden seiner Partei am 19.01.25 eingeleitet worden. In seiner Rede verglich der Vorsitzende den Schaden der Kreuzzüge, die sie unter muslimischen Personen und dem Osmanischen Reich angerichtet hätten, mit dem Schaden, den die Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) von Staatspräsident Erdoğan verursacht haben soll. Außerdem soll er Erdoğan beschuldigt haben, den Staat mit Spionen unterwandert, dem Glauben der türkischen Nation geschadet und Menschen vom Islam entfremdet zu haben. Erdoğan soll auch den Staat unter religiösen Sekten und Gemeinschaften aufgeteilt und die türkische Kultur zerstört haben, indem er Millionen von Flüchtlingen ins Land gelassen habe. Es handle sich laut Özdağ um einen „AKP-Faschismus“. Nach Einleiten der Ermittlungen betonte Özdağ, dass er seine Rede wiederholen würde.

Er wurde von der Polizei nach Istanbul gebracht und ein Gericht ordnete am 21.01.25 seine Verhaftung an, jedoch nicht wegen Präsidentenbeleidigung. So leiteten die Behörden eine Untersuchung seiner Äußerungen ein und klagten ihn zunächst wegen Beleidigung des Präsidenten an, jedoch wurde er aufgrund des separaten Vorwurfs der Aufstachelung zum Hass verhaftet. Das Gericht berief sich dabei auf Beiträge in den sozialen Medien aus den letzten fünf Jahren. Die Oberstaatsanwaltschaft Istanbul führte in ihrer Anklageschrift elf Tweets, die Özdağ auf der

sozialen Medienplattform X geteilt hatte, als Beweis an. Die Behörden argumentierten, dass seine Äußerungen, die sich häufig gegen Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten richten, zur Vertiefung der sozialen Spaltung beitragen und eine Gefahr für die öffentliche Ordnung darstellen würden.

Politikerinnen und Politiker anderer Parteien kritisierten das Vorgehen der Justiz. İstanbuls Bürgermeister Ekrem İmamoğlu der Republikanische Volkspartei (CHP)) verurteilte etwa den Schritt als Beispiel für die Einmischung der Politik in die Justiz. Gegen İmamoğlu selbst wird ermittelt, weil er am 20.01.25 den Oberstaatsanwalt İstanbuls beleidigt und die mangelnde Unabhängigkeit der Justiz kritisiert haben soll. Der Generalstaatsanwalt beaufsichtigt mehrere Verfahren gegen CHP-Mitglieder. İmamoğlu wird seitens des Büros des Generalstaatsanwalts vorgeworfen, er habe Beamte, die sich im mutmaßlichen Kampf gegen den Terrorismus befinden würden, ins Visier genommen und den Staatsanwalt bedroht. Die Ermittlungen waren eingeleitet worden, nachdem İmamoğlu am 20.01.25 die Verhaftung des Vorsitzenden der CHP-Jugendorganisation kritisiert hatte. Der Jugendvorsitzende war festgenommen worden, nachdem er unter dem Account der CHP-Jugendorganisation auf der sozialen Medienplattform X den Generalstaatsanwalt İstanbuls als „mobile Guillotine“ bezeichnet haben soll. Der Jugendvorsitzende ist unter richterlicher Aufsicht aus dem Gewahrsam entlassen worden.⁶

Festnahme von Medienschaffenden

Ein İstanbuler Gericht hat gemäß Medienberichten am 20.01.25 die Verhaftung von sechs kurdischen Medienschaffenden angeordnet, die am 17.01.25 bei Hausdurchsuchungen in İstanbul, Van und Mersin festgenommen worden waren. Im Rahmen der von der Oberstaatsanwaltschaft İstanbul geführten Ermittlungen werden die Journalistinnen und Journalisten aufgrund ihrer Tätigkeit der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, in diesem Fall der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), beschuldigt.

Darüber hinaus wurde am 21.01.25 eine kurdische Journalistin ebenfalls unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung festgenommen. Ihr werden seitens der Behörden Verbindungen zur PKK vorgeworfen. Die Vorwürfe stehen im Zusammenhang mit ihrer Berichterstattung über die Isolation des PKK-Führers Abdullah Öcalan, der seit 1999 auf der Gefängnisinsel İmralı inhaftiert ist und kaum Zugang zu seiner Familie oder seinen Rechtsvertretern hat. Die Behörden haben diese Berichterstattung als Beweis für angebliche kriminelle Aktivitäten der Journalistin angeführt.⁷

03. Februar 2025

Wiederaufnahme von Gerichtsverfahren

In einem Beschluss vom 22.01.25 hat das türkische Verfassungsgericht die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den ehemaligen Lehrer Hasan Sarıcı angeordnet, der nach dem Putschversuch im Jahr 2016 per Regierungserlass aus seinem Amt entlassen und wegen Mitgliedschaft in der Gülen-Bewegung zu sechs Jahren Haft verurteilt worden war. Die Verurteilung Sarıcıs vor dem Ersten Hohen Strafgerichtshof in Kırklareli basierte auf seiner Mitgliedschaft in einer Gülen-nahen Gewerkschaft, Finanztransaktionen bei der inzwischen geschlossenen Bank Asya und einem Abonnement der mittlerweile eingestellten Zeitung Zaman. Als Begründung für die Wiederaufnahmeanordnung hat das Gericht Verstöße gegen Verfassungsrechte und unzureichende Beweise angegeben. In der Entscheidung wurde betont, dass Sarıcıs angebliche Aktivitäten zum Zeitpunkt seiner Verurteilung kein Verbrechen darstellten. Das Gericht konnte demnach keinen direkten Zusammenhang zwischen Sarıcıs Handlungen – wie seiner Nutzung einer legal operierenden Bank und seiner Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft – und einer mutmaßlichen aktiven Teilnahme an kriminellen Aktivitäten herstellen. Darüber hinaus stellte das Gericht Verfahrenslücken fest. Insbesondere sei die Vorinstanz nicht ausreichend auf Sarıcıs Aussage eingegangen, dass seine finanziellen und beruflichen Entscheidungen in keinem Zusammenhang mit der Bewegung gestanden hätten. Das Verfassungsgericht betonte, dass für die strafrechtliche Verantwortlichkeit klare Beweise für Vorsatz und aktive Teilnahme an organisatorischen Aktivitäten erforderlich seien. Als Teil des Urteils sprach das Gericht Sarıcı eine Entschädigung für die entstandenen Prozesskosten in Höhe von 30.000 TRY (rd. 810 EUR, Stand: 03.02.25) zu.⁸

17. Februar 2025

Verhaftung von Oppositionellen

Medienberichten zufolge hat ein Gericht in Istanbul am 13.02.25 die Verhaftung von zehn Kommunalangestellten verschiedener Stadtgemeinden Istanbuls angeordnet, nachdem diese am 11.02.25 wegen Terrorismusvorwürfen festgenommen worden waren. Unter den Verhafteten befinden sich die stellvertretenden Bürgermeister der Bezirke Kartal und Ataşehir sowie acht Mitglieder des Stadtrats, die alle der Republikanischen Volkspartei (CHP) angehören. Konkret wird ihnen vorgeworfen, Mitglieder oder Sympathisanten der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) rekrutiert zu haben. So hatten bei den Kommunalwahlen vom 31.03.24 die CHP und die prokurdische Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) in den westtürkischen Provinzen zusammengearbeitet. Die DEM unterstützte Bürgermeisterkandidaten, deren Nominierungen im Konsens mit anderen Parteien beschlossen wurden. In einigen Gebieten wurden bestimmte CHP-Kandidaten mit Unterstützung der DEM gewählt. Nach Angaben der Oberstaatsanwaltschaft Istanbul, die die Ermittlungen leitet, soll das Ziel dieser Kooperation darin bestanden haben, den Kurdinnen und Kurden bei Entscheidungen des Stadtrats eine Stimme zu geben, ihre Beteiligung an der Kommunalverwaltung zu fördern und ein politisches Gleichgewicht in den westlichen Provinzen und Bezirken herzustellen.

Die Verhaftungen vom 13.02.25 folgen auf eine Welle von Ermittlungen und Verhaftungen gegen CHP-regierte Gemeinden in Istanbul, in deren Folge zwei Bürgermeister der Partei aus den Stadtgemeinden Esenyurt und Beşiktaş ihres Amtes enthoben und verhaftet worden waren (vgl. BN v. 20.01.25).

Ebenso wurde laut Presseberichten am 11.02.25 Abdullah Zeydan, DEM-Bürgermeister der Stadt Van, zu drei Jahren und neun Monaten Haft wegen der Unterstützung einer terroristischen Organisation und Propaganda für eine terroristische Organisation über die Medien verurteilt. Am 15.02.25 wurde der Gouverneur von Van vom Innenministerium zum treuhänderischen Bürgermeister der Stadt Van ernannt und Zeydan abgesetzt. Das Ministerium begründete die Ernennung des Treuhänders mit dem ergangenen Gerichtsurteil gegen Zeydan. In der Folge der Absetzung kam es zu Protesten in Van, bei welchen die Polizei 127 Personen festgenommen hatte, darunter auch den Bürgermeister von Diyarbakır, welcher jedoch wieder freigelassen worden ist.

Darüber hinaus verabschiedete am 13.02.25 das Europäische Parlament eine Resolution, in der es die Entlassung und Verhaftung von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Opposition in der Türkei verurteilt und Sanktionen gegen die Treuhänder und Staatsangestellte fordert, die für die Einsetzung der Treuhänder verantwortlich sind. In der Resolution wurde auch die Freilassung, der Freispruch und die Wiedereinsetzung aller gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gefordert, sofern keine glaubwürdigen, gerichtlich bestätigten Beweise für ein Fehlverhalten vorliegen und auch wurde zu Justizreformen aufgerufen, um das Treuhandsystem abzuschaffen.

Seit den Kommunalwahlen vom 31.03.24, bei denen Oppositionskandidatinnen und -kandidaten in mehreren Städten, darunter Istanbul, gewonnen hatten, hat die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan zehn oppositionelle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister entlassen und sie durch von der Regierung ernannte Treuhänder ersetzt.⁹

24. Februar 2025

Landesweite Festnahmen von Oppositionellen

Gemäß Presseberichten vom 18.02. und 19.02.25 wurden bei großangelegten Razzien in einem Zeitraum von fünf Tagen 282 Personen in 51 Provinzen wegen mutmaßlicher Verbindungen zu der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) festgenommen. Konkret werde den Festgenommenen laut Innenminister Ali Yerlikaya vorgeworfen, dass sie für die PKK propagiert, sie finanziell unterstützt, Mitglieder angeworben oder an gewalttätigen Straßenprotesten teilgenommen hätten.

Von den Festnahmen seien sowohl Personen, die dem politisch linken Spektrum angehören als auch Medienschaffende und Politikerinnen und Politiker betroffen. So befänden sich unter den Festgenommenen der Aktivist und Co-Vorsitzende der Revolutionären Sozialistischen Arbeiterpartei (DSİP) Senol Karakas, die Menschenrechtsanwältin Nurcan Kaya, der LGBTIQ-Aktivist Yildiz Tar und auch Mitglieder weiterer linker,

sozialistischer und prokurdischer Organisationen und Parteien, wie etwa der Sozialistischen Neugründungspartei (SYKP).

Medienberichten zufolge waren alleine am 18.02.25 insgesamt 52 Personen im Rahmen einer Untersuchung des Demokratischen Kongresses der Völker (HDK), einer Dachorganisation linker und prokurdischer Gruppierungen und Parteien, festgenommen worden. Zu den Festgenommenen gehören Semiha Şahin und Mehmet Saltoğlu, Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM), Sema Barbaros, Vorsitzende der Provinz Istanbul der Partei der Arbeit (EMEP) sowie die politisch aktive Sängerin Pinar Aydınlar.

Die Staatsanwaltschaft wirft der HDK vor, dass diese eine legale Tarnorganisation wäre, die als eine alternative, außerparlamentarische Versammlung zur türkischen Nationalversammlung agieren würde. Außerdem würde die HDK den Anweisungen der PKK und der ebenfalls verbotenen Union der Gemeinschaften Kurdistans (KCK) folgen. Die Behörden beriefen sich auf ein Urteil des obersten Berufungsgerichts aus dem Jahr 2019, das den Kongress der Demokratischen Gesellschaft (DTK), eine prokurdische Organisation mit engen Verbindungen zur HDK, als terroristische Organisation bezeichnete. Des Weiteren wurde seitens der Behörden erklärt, dass HDK-Mitglieder auch bei Protesten eine Rolle gespielt hätten; so etwa bei den Protesten in Kobane im Jahr 2014 und den Unruhen im Südosten der Türkei im Jahr 2015 nach dem Scheitern der Friedensgespräche zwischen Ankara und der PKK. Die DEM, die größte prokurdische Partei, wie auch die EMEP und weitere Parteien verurteilten die Festnahmen und kritisierten sie als eine willkürliche und demokratiegefährdende Vorgehensweise seitens der Regierung.¹⁰

Festnahmen von mutmaßlichen Anhängerinnen und Anhängern der Gülen-Bewegung

Medienberichten vom 17.02. und 18.02.25 zufolge wurden bei Razzien in zehn Provinzen 17 Ärzte festgenommen. 14 von ihnen sollen an öffentlichen und drei an privaten Krankenhäusern gearbeitet haben.

Die Festnahmen waren Teil einer von der Oberstaatsanwaltschaft Istanbul geführten Untersuchung, die sich gegen Mediziner richtete, die verdächtigt wurden, Verbindungen zu einem Gülen-nahen Wohnheim zu haben, das Vorbereitungskurse auf die medizinische Facharztprüfung (TUS) angeboten haben soll. Außerdem wird den Festgenommen vorgeworfen, Geldbeträge bei der mit der Gülen-Bewegung verbundenen Bank Asya eingezahlt, sowie die Kommunikationsapplikation ByLock und Münztelefone benutzt zu haben, über welche sie Kontakt zu anderen mutmaßlichen Mitgliedern der Gülen-Bewegung gehabt haben sollen.

Laut einem Pressebericht vom 15.02.25 waren bereits Anfang Februar 2025 insgesamt 103 Personen in 39 Provinzen wegen eines mutmaßlichen Bezugs zur Gülen-Bewegung festgenommen worden. Den Festgenommenen wird vorgeworfen, an Aktivitäten der Gülen-Bewegung an Universitäten und im Militär teilgenommen zu haben und an der Neustrukturierung der Organisation beteiligt gewesen zu sein. Darüber hinaus wird den Festgenommen vorgeworfen, dass sie sich in sogenannten „geheimen“ Häusern aufgehalten hätten, in denen sich mutmaßliche Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung versteckt haben sollen, um einer Verhaftung zu entgehen. Auch sollen sie Kontakte mit anderen angeblichen Mitgliedern der Bewegung via Münztelefone gehabt und ByLock benutzt haben, welches laut Behörden mutmaßlichen Anhängerinnen und Anhängern der Gülen-Bewegung als verschlüsseltes Kommunikationsmittel gedient haben soll.¹¹

03. März 2025

Aufruf Abdullah Öcalans zur Auflösung der PKK

Gemäß Presseberichten rief am 27.02.25 Abdullah Öcalan, der seit dem Jahr 1999 inhaftierte Gründer und Führer der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), in einer verlesenen Erklärung dazu auf, die Waffen niederzulegen und die u.a. in der EU und der Türkei als terroristische Vereinigung eingestufte und verbotene Organisation aufzulösen. Die Erklärung wurde von einer Delegation von Abgeordneten der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM), welche Öcalan am 27.02.25 zum dritten Mal seit dem 28.12.24 in Haft besucht hatte, sowohl auf Kurdisch als auch auf Türkisch in einem Istanbul Hotel verlesen.

Konkret erklärte Öcalan, dass alle bewaffneten Gruppen ihre Waffen niederlegen und die PKK sich auflösen müsste. Außerdem übernehme er die historische Verantwortung für seinen Aufruf und er dankte Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan und Erdoğan's Koalitionspartner in der sogenannten Volksallianz, dem Vorsitzenden der Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP), Devlet Bahçeli, für ihre Unterstützung bei der Erreichung eines Friedens.

Öcalan forderte in der Erklärung die PKK dazu auf, freiwillig einen Kongress einzuberufen und formell die Niederlegung der Waffen und Auflösung der PKK zu beschließen. In seiner Botschaft ging Öcalan auch auf die Gründe für den bewaffneten Kampf der PKK ein, darunter die Weigerung des Staates, eine kurdische Identität anzuerkennen, und fügte hinzu, dass es keinen Grund mehr für einen bewaffneten Konflikt gebe. Er führte aus, dass es keine Alternative zur Demokratie gebe, wenn man ein politisches System anstreben und verwirklichen wolle. Der demokratische Konsens sei der grundlegende Weg. Öcalan teilte nicht mit, welche Schritte die Regierung gegebenenfalls unternehmen sollte, um auf die kurdischen Forderungen nach umfassenderen politischen und kulturellen Rechten einzugehen. Er nannte auch keine Vorbedingungen, unter denen die PKK ihre Waffen niederlegen müsste. Ein Delegationsmitglied, welcher auf der Pressekonferenz am 27.02.25 die Eröffnungs- und Schlussworte sprach, erklärte, Öcalan habe der Delegation am Ende ihres Treffens in Haft einen Zettel übergeben. Darin stehe, ohne, dass Öcalan näher darauf eingegangen wäre, dass der Verzicht auf Waffen und die Auflösung der PKK zweifellos die Anerkennung der demokratischen Politik und ihres rechtlichen Rahmens erfordern würde. Laut Medienberichten fielen die Reaktionen auf Öcalans Aufruf größtenteils positiv aus. So etwa in der mehrheitlich kurdisch besiedelten Stadt Diyarbakır im Südosten des Landes. Dort hatten sich rd. 3.000 Menschen auf einem Platz versammelt, um eine Audioübertragung von Öcalans Aufruf zu hören und einige Personen brachen in spontanen Applaus oder in Tränen aus. Auch Politikerinnen und Politiker, beispielsweise der Vorsitzende der Republikanischen Volkspartei (CHP), begrüßten den Aufruf, betonten jedoch auch die Notwendigkeit eines transparenten und demokratischen Prozesses und Dialogs.

Am 28.02.25 äußerte sich Präsident Erdoğan zu Öcalans Aufruf und bezeichnete diesen als eine historische Chance, dem Ziel einer Türkei ohne Terrorismus näher zu kommen. Weiter erklärte Erdoğan, die Türkei werde die Lage genau beobachten, um sicherzustellen, dass die Gespräche zur Beendigung des Aufstands zu einem erfolgreichen Abschluss gebracht würden. Außerdem warnte er vor Verzögerungen bei dem Friedensprozess und auch davor, dass das Militär den Kampf gegen die PKK fortsetzen würde, falls Zusagen nicht eingehalten würden. So äußerte er, dass kein Mitglied der türkischen Nation, ob Türke oder Kurde, jemandem verzeihen würde, der diesen Prozess durch ambivalente Reden oder Handlungen blockieren werde, wie es in der Vergangenheit geschehen sei. Ebenso gab am 28.02.25 der Sprecher der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) von Präsident Erdoğan eine Erklärung ab. In dieser legte er dar, dass alle mit der PKK verbundenen Gruppierungen, einschließlich der Volksverteidigungseinheiten (YPG) und der Partei der Demokratischen Union (PYD), aufgelöst werden müssten. Dazu gehöre auch, die Präsenz der PKK sowohl in der Türkei als auch in ihren Nachbarregionen, insbesondere im Irak und in Syrien, zu beenden. Er stellte fest, dass es keinen Raum für Verhandlungen über die Eigenschaften des Staates gebe und fügte hinzu, dass es im Friedensprozess keine Kompromisse geben werde.

Das PKK-Exekutivkomitee verkündete am 01.03.25 als erste Reaktion einen sofortigen und einseitigen Waffenstillstand mit der Türkei. Damit würden sie den Weg für die Umsetzung des Aufrufs von Öcalan zu Frieden und einer demokratischen Gesellschaft ebnen. Darüber hinaus seien sie mit dem Inhalt des Aufrufs einverstanden und sie würden diesen befolgen und umsetzen. Keine der „Streitkräfte“ werde außerdem bewaffnete Maßnahmen ergreifen, es sei denn, sie würden angegriffen.¹²

Festnahme von CHP-Bürgermeister

Medienberichten zufolge wurden am 27.02.25 von der Abteilung für Finanzkriminalität in Istanbul der Bürgermeister der Stadtgemeinde Beykoz, Alaattin Köşeler, Mitglied der größten Oppositionspartei CHP (Republikanische Volkspartei), und weitere 20 Personen bei Razzien festgenommen. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die 20 weiteren Verdächtigen, darunter fünf Gemeindebedienstete und 15 Personen, die mit der Gemeinde Geschäfte machen, Haftbefehle sowie Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschlüsse wegen des Vorwurfs der Bildung einer kriminellen Vereinigung, der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und der Beihilfe zu deren Aktivitäten erlassen. Die Festnahme Köşelers hat Kritik und Verurteilung von CHP-Funktionären ausgelöst und wurde als Versuch bezeichnet, sich dem Willen des Wahlvolkes zu widersetzen.

Die Festnahmen vom 27.02.25 folgen auf eine Welle von Ermittlungen und Verhaftungen gegen CHP-regierte Gemeinden in Istanbul, in deren Folge zwei Bürgermeister der CHP aus den Bezirken Esenyurt und Beşiktaş ihres Amtes enthoben sowie verhaftet worden waren. Ebenso waren am 13.02.25 zehn Kommunalangestellte, welche

alle der CHP angehören, darunter zwei stellvertretende Bürgermeister sowie acht Mitglieder aus verschiedenen Stadträten, wegen Terrorismusvorwürfen verhaftet worden (vgl. BN v. 17.02.25).¹³

10. März 2025

Festnahme von mutmaßlichen Anhängerinnen und Anhängern der Gülen-Bewegung

Laut Presseberichten hatten im Rahmen von Ermittlungen gegen eine große Restaurantkette bereits am 21.02.25 Sicherheitskräfte 353 Personen in 31 Provinzen wegen angeblicher Verbindungen zur Gülen-Bewegung festgenommen.

Im Rahmen der Ermittlungen wurden laut Innenminister Ali Yerlikaya sechs Geschäftspartner von Maydonoz-Döner, darunter auch der Gründer und Eigentümer Ömer Şeyhin, dessen Angestellte und zehn Staatsbedienstete festgenommen. Das im Jahr 2018 von Şeyhin gegründete Unternehmen besitzt ca. 400 Filialen in der Türkei und in weiteren Ländern. Yerlikaya teilte mit, dass die Festgenommenen beschuldigt werden, über die Restaurantkette Gelder an die Gülen-Bewegung zu verteilen. Nach Angaben des Ministers arbeite das Unternehmen nach einem Franchise-System, das es Personen, gegen die zuvor wegen ihrer Verbindungen zur Gülen-Bewegung ermittelt worden war, erlaube, gegen Bezahlung inoffizielle Geschäftspartnerschaften einzugehen. Das Unternehmen solle auch nur neue Partner mit Referenzen aus der Gülen-Bewegung zulassen. Außerdem sollen die Franchise-Niederlassungen dazu dienen, der Bewegung nahestehende Personen zu beschäftigen und finanziell zu unterstützen, wobei ein Teil der Einnahmen mutmaßlich an die Gülen-Bewegung geht.

Von den 353 Festgenommenen waren 83 zuvor aus dem öffentlichen Dienst entlassen und gegen 197 war bereits ein Gerichtsverfahren im Zusammenhang mit der Gülen-Bewegung eingeleitet worden. Außerdem wurde bei 102 Personen festgestellt, dass sie die Smartphone-App ByLock benutzt haben sollen. Yerlikaya zufolge seien auch einige Franchise-Niederlassungen für geheime Treffen genutzt worden, an denen Personen teilnahmen, die von der Regierung wegen ihrer Verbindungen zur Gülen-Bewegung gesucht werden.

Weitere Ermittlungen der Behörde für die Untersuchung von Finanzkriminalität (MASAK) ergaben, dass das Unternehmen durch Personen finanziert wurde, welche Finanzüberweisungen als sogenannte Produktkäufe getarnt haben sollen, um Geld an angebliche Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung zu überweisen. Außerdem soll das Unternehmen ein Transaktionsvolumen von rd. 220 Mio. TRY (rd. 5.570.400 EUR, Stand: 10.03.25) mit Personen gehabt haben, die als Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung bekannt sein sollen. Die Regierung hat nach den Festnahmen ein Vorstandsmitglied der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) als Treuhänderin für Maydonoz-Döner eingesetzt, welche das Unternehmen nun verwaltet.¹⁴

Festnahme von Personen und Verbot von Demonstration zum Internationalen Frauentag

Medienberichten zufolge erklärte am 07.03.25 das Büro des Beyoğlu-Bezirksgouverneurs in Istanbul, dass im zentralen Stadtbezirk Beyoğlu und seiner Umgebung Demonstrationen oder Aufmärsche anlässlich des Internationalen Frauentags am 08.03.25 für 24 Stunden verboten seien. So hätten keine Versammlungen, Proteste, Sitzstreiks, Märsche, Flugblattverteilungen oder Demonstrationen an Orten oder auf Straßen in diesem Gebiet, einschließlich des Taksim-Platzes und des Gezi-Parks, abgehalten werden dürfen. Außerdem war laut des Büros der geplante Marsch zum Frauentag aus Sorge um die öffentliche Ordnung und die nationale Sicherheit sowie zur Verhinderung von Straftaten und zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer verboten worden.

Frauenrechtsorganisationen, die den Marsch bereits organisiert hatten, erklärten, sie seien entschlossen, die Kundgebung trotz des Verbots, so wie sie es jedes Jahr tun würden, abzuhalten. Es versammelten sich trotz Verbots am 08.03.25 in Istanbul 3.000 Personen, welche durch das Stadtzentrum zogen. Der Marsch endete ohne Zwischenfälle, dennoch sollen gemäß Veranstalterinnen und Veranstaltern die Sicherheitskräfte 200 Demonstrierende zusammengetrieben und 112 Personen davon festgenommen haben, wovon am 09.03.25 alle Personen bis auf eine nach Verhören freigekommen waren. Im Istanbuler Stadtteil Kadıköy ist es Medienberichten zufolge auch zu einer Kundgebung gekommen, bei welcher neun Teilnehmerinnen festgenommen worden sind. Es kam auch in anderen Städten wie etwa Ankara und Diyarbakir zu Demonstrationen, welche gemäß Presseberichten weitestgehend friedlich abgelaufen sein sollen.

Seit dem Jahr 2003 marschieren Demonstrierende am Abend des 8. März die İstiklal-Straße entlang, um die Gewalt gegen Frauen anzuprangern und um gleiche Rechte für Frauen zu fordern.¹⁵

17. März 2025

Frauenmorde

Medienberichten zufolge wurden zwischen dem 10. und 12.03.25 fünf Frauen von ihren männlichen, teils ehemaligen, Partnern getötet. Die Frauenrechtsorganisation We Will Stop Femicide Platform äußerte in diesem Zusammenhang, dass im Februar 2025 landesweit 21 Frauen von einem männlichen Verwandten oder Bekannten, darunter vier von ihren Ehemännern, getötet worden waren.

Frauenrechtsorganisationen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die Regierung mit der Ausrufung des Jahres 2025 zum Jahr der Familie die traditionellen häuslichen Rollen stärken will, anstatt gesellschaftliche Herausforderungen wie häusliche Gewalt anzugehen.¹⁶

Cybersicherheitsgesetz vom Parlament verabschiedet

Gemäß Presseberichten hat am 12.03.25 die Große Nationalversammlung ein umstrittenes Cybersicherheitsgesetz verabschiedet. Oppositionspolitikerinnen und -politiker sowie Rechtsexpertinnen und -experten hatten gewarnt, dass es eine umfassende Überwachung ermöglichen, die Meinungsfreiheit einschränken und zu möglichem Machtmissbrauch führen könnte.

Das 21 Artikel umfassende Gesetz, das mit 246 zu 102 Stimmen angenommen wurde, führt neue staatliche Überwachungsmechanismen ein und erweitert die Befugnisse der im Januar 2025 eingerichteten Direktion für Cybersicherheit. Kritikerinnen und Kritiker äußerten sich im Vorfeld besorgt darüber, dass das Gesetz der Exekutive übermäßige Befugnisse einräumt, die möglicherweise die Privatsphäre aushöhlen. Das Gremium für Cybersicherheit, das die Umsetzung des Gesetzes überwachen soll, wird sich aus Regierungsvertretern zusammensetzen, darunter der Präsident, der Vizepräsident und die Leiter der wichtigsten Ministerien und Sicherheitsbehörden. Oppositionsmitglieder argumentieren, dass diese Struktur die Cybersicherheitspolitik unter die direkte Kontrolle des Präsidenten stellt und eine unabhängige Aufsicht ausschließt.

Das Gesetz sieht Haftstrafen von bis zu fünf Jahren für Personen vor, die falsche Informationen über Datenschutzverletzungen im Zusammenhang mit der Cybersicherheit erstellen oder verbreiten, um Angst zu schüren oder Institutionen oder Einzelpersonen ins Visier zu nehmen.

Außerdem müssen Anbieter von Cybersicherheitsdiensten die von der Regierung genehmigten Vorschriften einhalten und den Behörden Sicherheitsverletzungen melden, wobei die Nichteinhaltung hohe Geldstrafen und eine mögliche strafrechtliche Haftung nach sich zieht.

Eine der umstrittensten Bestimmungen, Artikel 8, sah ursprünglich vor, dem Leiter des Gremiums für Cybersicherheit weitreichende Befugnisse zur Durchführung von Durchsuchungen, zur Beschlagnahme von Daten und zur Vervielfältigung digitaler Aufzeichnungen zu erteilen. Als Reaktion auf Einwände überarbeitete die regierende Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) den Gesetzentwurf und strich diese Klausel vollständig. Eine weitere wichtige Änderung wurde an Artikel 16 vorgenommen, der ursprünglich die Verbreitung falscher Informationen über Datenlecks unter Strafe stellte. Nachdem Bedenken geäußert wurden, dass dies dazu verwendet werden könnte, Whistleblower und Medienschaffende zum Schweigen zu bringen, wurde die Formulierung angepasst, um konkret auf Datenlecks im Zusammenhang mit Cybersicherheit einzugehen. Trotz dieser Änderungen bestehen weiterhin Bedenken hinsichtlich der potenziellen Auswirkungen des Gesetzes. Kritikerinnen und Kritiker verweisen auf die vage Formulierung, die eine rechtmäßige Berichterstattung über Cybersicherheitsvorfälle kriminalisieren könnte, während die größte oppositionelle Republikanische Volkspartei (CHP) sich darauf vorbereitet, das Gesetz vor dem Verfassungsgericht anzufechten.

Der CHP-Abgeordnete für Bursa, Orhan Sarıbal, kritisierte das Gesetz während einer Pressekonferenz im Parlament und sagte, es zielen auf die Pressefreiheit und das Recht auf Privatsphäre sowie auf andere demokratische Rechte ab. Die Türkische Journalistenvereinigung (TGC) kritisierte ebenfalls die weitreichenden Befugnisse, die dem Gremium für Cybersicherheit eingeräumt werden, sowie die vage Formulierung des Gesetzes und argumentierte, dass dessen Hauptzweck darin bestehe, die Wahrheit zu vertuschen und Medienschaffende zum Schweigen zu

bringen. Auch der Juraprofessor Bahadır Erdem kritisierte die neue Verordnung und warnte davor, dass sie zur Inhaftierung von Personen führen könnte, die die Regierung kritisieren würden.¹⁷

24. März 2025

Festnahme und Absetzung von Istanbuls Oberbürgermeister

Am 19.03.25 wurde Ekrem İmamoğlu von der kemalistisch-sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP), Oberbürgermeister der Großstadtkommune Istanbul, zusammen mit über 100 weiteren Personen aus der Politik, dem Journalismus und der Wirtschaft festgenommen.

Ihm werden Korruption und Unterstützung der verbotenen PKK vorgeworfen. Am 23.03.25 kam er in Untersuchungshaft und wurde als Bürgermeister suspendiert. Zuvor hatte die Universität Istanbul am 18.03.25 seinen Abschluss aberkannt, wodurch er nicht mehr als Präsidentschaftskandidat antreten dürfte. Seine Anwälte kündigten rechtliche Schritte an. Zudem wurde ein Bauunternehmen, an dem er beteiligt ist, beschlagnahmt. Trotz seiner Verhaftung wurde İmamoğlu am 23.03.25 von der CHP mit großer Mehrheit als Präsidentschaftskandidat für 2028 gewählt.

Die Regierung verhängte in Istanbul und anderen Städten Demonstrationsverbote, sperrte Straßen und schränkte soziale Medien ein. Dennoch kam es seit dem 19.03.25 zu Massenprotesten. Bis zum 23.03.25 wurden laut Behörden über 700 Personen festgenommen. Die Polizei setzte Tränengas und Wasserwerfer ein, zahlreiche Demonstrierende und Polizisten wurden verletzt. Medien berichteten von Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten. Sicherheitskräfte führten Razzien durch, bei denen elf Medienschaffende, darunter ein AFP-Korrespondent, verhaftet wurden.

İmamoğlu wies die Vorwürfe als politisch motiviert zurück und erklärte, das Volk habe „genug“ von Erdoğan. Der Staatspräsident wiederum verurteilte die Proteste und warf der CHP vor, das Land zu spalten. Ein Jahr nach den Kommunalwahlen vom 31.03.24 sind nun sechs der 27 CHP-Bürgermeisterinnen und -Bürgermeister im Großraum Istanbul verhaftet.¹⁸

31. März 2025

Anhaltende Proteste nach Festnahme von Istanbuls Oberbürgermeister

Die landesweiten Proteste nach der Verhaftung und Absetzung von Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03.25) dauern weiter an.

Ein Gericht kam dem Antrag der Staatsanwaltschaft, İmamoğlu wegen Terrorismusunterstützung, konkret die Unterstützung der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK), zu verhaften, jedoch nicht nach. Über eine Kooperation zwischen İmamoğlus kemalistisch-sozialdemokratischer Republikanischen Volkspartei (CHP) und der prokurdischen Partei für Emanzipation und Demokratie (DEM) hätte die PKK laut Generalstaatsanwaltschaft versucht, ihren Einfluss auszuweiten. İmamoğlu wurde jedoch wegen Gründung und Leitung einer kriminellen Vereinigung, Bestechung, Erpressung, unrechtmäßiger Aufzeichnung persönlicher Daten und Manipulation einer Ausschreibung verhaftet.

Gemäß Presseberichten erfolgte am 29.03.25 eine von der CHP organisierte Kundgebung in der Istanbul Stadtgemeinde Maltepe, auf welcher u. a. der CHP-Parteivorsitzender Özgür Özel eine Rede hielt. Er rief dazu auf, dass es regelmäßig mittwochs und samstags Demonstrationen geben solle. Außerdem sollen regierungsnahen Firmen und TV-Sender boykottiert werden. An der Kundgebung sollen laut Veranstalterin mehr als zwei Mio. Personen teilgenommen haben. Die Angaben lassen sich unabhängig nicht überprüfen.

Dem Innenministerium zufolge sollen bis zum 29.03.25 fast 1.900 Personen im Rahmen der Proteste festgenommen worden sein. Medienberichten zufolge wurden 260 der Festgenommenen anschließend in Untersuchungshaft genommen, während Hunderte unter Auflagen wieder freigelassen wurden.

Auch kam es bei den landesweiten Demonstrationen erneut zu gewaltsamen Aufeinandertreffen von Polizei und Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmern. Einige Demonstrierende warfen den Sicherheitskräften Misshandlungen und sexuelle Belästigungen vor. Die Vorwürfe wurden u. a. von der Menschenrechtsorganisation İHD und der Anwaltskammer in Izmir in Berichten bestätigt. Die Anwaltskammer kündigte an, Anzeige zu erstatten.

Je nach Medienberichten wurden gegen mind. 74 Personen eine Anklageschrift vorbereitet, die am 23.03.25 an den Protesten in Istanbul teilgenommen haben. In ihr werde den Verhafteten vorgeworfen, trotz des Verbots der Istanbuler Stadtverwaltung an der Demonstration teilgenommen und sich trotz Warnungen nicht aufgelöst zu haben. Die Staatsanwaltschaft forderte bis zu drei Jahre Haft.¹⁹

Vorgehen gegen Medienschaffende im Rahmen der Demonstrationen

Presseberichten zufolge befanden sich unter den im Zuge İmamoğlu Verhaftung festgenommenen Demonstrantinnen und Demonstranten auch zahlreiche Medienschaffende.

Neben der Festnahme von einheimischen Medienschaffenden (vgl. BN v. 24.03.25), wurde am 27.03.25 ein für eine schwedische Tageszeitung arbeitender schwedischer Journalist festgenommen und am 28.03.25 verhaftet. Ihm wurde die Mitgliedschaft in einer bewaffneten terroristischen Organisation sowie der Beleidigung von Staatspräsident Erdoğan vorgeworfen. Zuvor wurde ein Journalist der BBC am 26.03.25 festgenommen und am 27.03.25 wegen mutmaßlicher Gefährdung der öffentlichen Ordnung aus der Türkei abgeschoben, nachdem dieser für die BBC über die Proteste berichtet hatte.²⁰

07. April 2025

Kritik an Haftbedingungen

In verschiedenen türkischen und ausländischen Medienberichten wird über menschenrechtswidrige Haftbedingungen von Personen berichtet, die im Zusammenhang mit der Festnahme des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03. u. 31.03.25) verhaftet worden sind.

Der stellvertretende Generalsekretär der Stadtverwaltung von Istanbul, Mahir Polat von der kemalistisch-sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP), wurde wie İmamoğlu am 23.03.25 verhaftet. Polats Anwalt zufolge bestehe für seinen Mandanten das permanente Risiko eines Herzinfarkts oder einer Hirnblutung. Angesichts des sich in der Haftzeit verschlechternden Gesundheitszustandes und mehreren Hospitalisierungen forderte sein Anwalt am 04.04.25 die sofortige Freilassung Polats. Die Anschuldigungen wurden noch am selben Tag vom Justizminister zurückgewiesen.

In einem weiteren Fall würde laut der Stellungnahme eines Rechtsanwalts vom 03.04.25 einem im Gefängnis von Silivri inhaftierten Studenten, welcher an Demonstrationen teilnahm, lebenswichtige Medikamente verweigert werden. Außerdem könnten die Grundbedürfnisse seines Mandanten in der Haftanstalt nicht eingehalten werden. Zudem sei es während eines Gefangenentransports zu gewalttätigen Übergriffen an dem Betroffenen gekommen. Die türkische Ärztesvereinigung betonte indes, dass es ein Verbrechen sei, Gefangenen ihr Recht auf Gesundheit vorzuenthalten.²¹

Vorgehen gegen Medienanstalten

Die staatliche Medienaufsicht RTÜK (Radyo ve Televizyon Üst Kurulu) soll gemäß Medienberichten vom 20.03.25 und 27.03.25 mehrere Sender mit Geldstrafen und Sendeverböten belegt haben, da diese von den Demonstrationen nach der Verhaftung Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03.25) berichtet hatten.

Außerdem sollen seit der Inhaftierung İmamoğlu Presseberichten zufolge einige Konten von Journalistinnen und Journalisten sowie Oppositionellen in den sozialen Medien auf Anordnung der türkischen Regierung durch den Internetkonzern Meta gesperrt worden sein. Meta sei am 01.04.25 dennoch eine Geldstrafe auferlegt worden, da nicht alle von der türkischen Regierung zur Sperrung geforderten Benutzerkonten berücksichtigt worden waren.²²

14. April 2025

Zunehmender Druck auf Medienschaffende

Presseberichten vom 09.04.25 zufolge fordert die Generalstaatsanwaltschaft Istanbul Haftstrafen von bis zu drei Jahren für Medienschaffende, die über die Proteste nach der Festnahme des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03., 31.03. u. 07.04.25) berichteten.

Laut Anklage gebe es keine Beweise dafür, dass die Betroffenen lediglich ihrer journalistischen Tätigkeit nachgegangen sind. Sie werden nach Art. 32 des Versammlungs- und Demonstrationsgesetzes Nr. 2911

beschuldigt, an einer unerlaubten Versammlung teilgenommen und sich trotz Aufforderung nicht entfernt zu haben. Ebenso wird gegen zwei bekannte Investigativjournalisten ermittelt. Sie hatten zuletzt von Unregelmäßigkeiten in den Ermittlungsverfahren gegen İmamoğlu und andere Bürgermeister von der kemalistisch-sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei (CHP) berichtet.

Reporter ohne Grenzen und Journalismusverbände sprechen von einem gezielten Angriff auf die Pressefreiheit.²³

Anklage gegen Studierende

Medienberichten vom 08.04.25 zufolge wurden wegen Verstoßes gegen das Versammlungs- und Demonstrationsgesetz Nr. 2911 insgesamt 139 Personen, meist Studierende, angeklagt. Sie hätten Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet, Beamte behindert und den Präsidenten beleidigt. Es wurden Haftstrafen von bis zu drei Jahren gefordert. Daneben drohen ihnen Sanktionen gemäß Art. 53 Abs. 1 des türkischen Strafgesetzbuchs, wie beispielsweise die Verweigerung des Zugangs zum öffentlichen Dienst oder die Entziehung des aktiven und passiven Wahlrechts. Laut einer Verteidigerin mehrerer angeklagter Studierender sei die Anklage selbst rechtswidrig, da sie auf der Annahme eines rechtmäßigen Demonstrationsverbots beruhe. Die Angeklagten hätten von ihrem Grundrecht auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit gemäß Art. 34 der türkischen Verfassung Gebrauch gemacht. Ein Mitglied der Großen Nationalversammlung für die CHP, ebenfalls Jurist, argumentierte, dass Art. 42 der türkischen Verfassung und Art. 75 des türkischen Strafvollzugsgesetzes, welche das Recht auf Bildung schützen, verletzt worden seien. Für die Studierenden bestehe nun keine Möglichkeit, an Vorlesungen teilzunehmen oder die anstehenden Zwischenprüfungen abzulegen.²⁴

28. April 2025

Bericht der Istanbuler Rechtsanwaltskammer zu Menschenrechtsverletzungen

Die zur Istanbuler Rechtsanwaltskammer gehörenden Zentren für Menschen-, Kinder-, Frauen- und Anwaltsrechte veröffentlichten am 22.04.25 Berichte über Rechtsverletzungen nach der Festnahme des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03.25).

Auf den insgesamt 66 Seiten wurden Vorfälle im Zeitraum vom 19.03. bis 29.03.25 zum Nachteil von Demonstrierenden dokumentiert. Es sei unter anderem zu übermäßiger Polizeigewalt, willkürlichen Festnahmen, sexuellen Übergriffen und Versagung des rechtlichen Gehörs gekommen. Schwere Missstände gebe es bei der Polizei, Justiz sowie den Justizvollzugsanstalten. Es handle sich hierbei um keine Einzelfälle, sondern systematische, vielschichtige Rechtsverstöße, die gegen internationale Menschenrechtsstandards und das türkische Verfassungsrecht verstießen.²⁵

Verordnung zum teilweisen Verbot von Kaiserschnitten

Am 19.04.25 wurde im Amtsblatt eine neue Verordnung veröffentlicht, die Wunschkaiserschnitte in bestimmten Gesundheitseinrichtungen untersagt. Am selben Tag äußerte sich Präsident Recep Tayyip Erdoğan auf einer Versammlung besorgt über die sinkenden Geburtenzahlen. Der Bevölkerungsschwund sei für das Land eine größere Bedrohung als ein Krieg. Sowohl junge Menschen, die nicht heiraten, als auch die Baubranche, die entsprechend kleinere Wohnungen baut, standen in der Kritik.

In einem Fernsehinterview vom 24.04.25 bekräftigte Gesundheitsminister Kemal Memişoğlu die Verordnung der Regierung. Ehepaare müssten mehrere Kinder bekommen, um eine richtige Familie zu sein.

Am 15.04.25 liefen Spieler während eines Fußballspiels der ersten Liga mit einem Banner des Gesundheitsministeriums auf das Spielfeld, das die vaginale Geburt propagierte und medizinisch nicht notwendige Kaiserschnitte verurteilte. Frauenrechtsorganisationen sehen in den Maßnahmen insbesondere einen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht von Frauen.²⁶

05. Mai 2025

Demonstrationen und Festnahmen am Tag der Arbeit

Medienberichten zufolge wurden am 01.05.25 mehr als 400 Menschen in Istanbul festgenommen, als sie versuchten, zum Internationalen Tag der Arbeit auf den Taksim-Platz zu marschieren. Im Vorfeld des Tags der

Arbeit hatten Gewerkschaften und NGOs zu Protesten und Märschen in ganz Istanbul aufgerufen. Die Regierung hatte zuvor Versammlungen in dem Gebiet um den Taksim-Platz verboten und einige U-Bahnstationen sowie Straßenbahnhaltestellen gesperrt.

Während die Demonstrierenden versucht hatten auf den Taksim-Platz zu gelangen, kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen mit der Polizei, in deren Folge Demonstrierende unter dem Vorwurf des Verstoßes gegen das Gesetz Nr. 2911 über Versammlungen und Demonstrationen festgenommen wurden. Laut Presseberichten vom 02.05.25 wurden nach einem Tag 372 der 419 festgenommenen Personen nach Aktenlage freigelassen, während 36 noch in Polizeigewahrsam blieben. Unter ihnen befanden sich zehn Minderjährige und elf Anwältinnen und Anwälte. Weitere acht Personen wurden der Anti-Terror-Abteilung übergeben. Landesweit hatten 286.584 Personen in 78 Provinzen an Protesten zum Tag der Arbeit teilgenommen.²⁷

Platz 159 im Weltindex der Pressefreiheit

Gemäß der am 02.05.25 veröffentlichten internationalen Rangliste der Pressefreiheit für das Jahr 2025 der NGO Reporter ohne Grenzen (RSF) befindet sich die Türkei auf Platz 159 von 180 Ländern. RSF hebt insbesondere den zunehmenden Druck auf Medienschaffende etwa durch Zensur, Polizeigewalt und willkürliche Festnahmen seit der am 19.03.25 erfolgten Festnahme des ehemaligen Oberbürgermeisters von Istanbul, Ekrem İmamoğlu von der Republikanischen Volkspartei (CHP) (vgl. BN v. 24.03., 31.03., 07.04., 14.04. und 28.04.25) hervor.

Allgemein werden die anhaltende Zensur, politisch motivierte Verhaftungen und die staatliche Kontrolle über die Medien als Schlüsselfaktoren für den anhaltenden Rückgang der Pressefreiheit in der Türkei genannt. Im Jahr 2024 lag die Türkei auf Rang 158 von 180 Ländern. RSF zufolge würden 90 % der nationalen Medien unter direkter oder indirekter Kontrolle der Regierung stehen. Außerdem ist zu beobachten, dass nach den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2023 die Behörden ihr Vorgehen gegen kritischen Journalismus verschärften. Polizeigewalt und Massenverhaftungen wurden gegen Medienschaffende eingesetzt, die über politische Kundgebungen und Straßenproteste berichteten. Online-Zensur, politische Gerichtsverfahren und Strafgerichtsurteile seien laut Bericht zu Instrumenten des Staates geworden. So kann es vorkommen, dass Journalistinnen und Journalisten der Presseausweis entzogen wird, insbesondere solchen, die für oppositionelle oder unabhängige Medien arbeiten. Auch würden Medienschaffende, die Regierungsbeamtinnen und -beamte, Richterinnen und Richter oder religiöse Persönlichkeiten kritisieren, wegen „Beleidigung“ angeklagt.²⁸

12. Mai 2025

EU-Beitrittsprozess liegt weiterhin auf Eis

Laut Pressemitteilung hat das Europäische Parlament (EP) am 07.05.2025 beschlossen, den EU-Beitrittsprozess mit der Türkei nicht wiederaufzunehmen. Bei der EU-Mitgliedschaft gehe es um Demokratie, doch die Türkei bewege sich immer mehr in Richtung einer Autokratie, wie es in einem angenommenen Bericht des EP heißt. Die strategische und geopolitische Bedeutung der Türkei für die Europäische Union könne die grundlegenden demokratischen Mängel, gar Rückschritte, nicht ausgleichen. Die EU-Beitrittskriterien wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, stabile Institutionen, Menschenrechte, Achtung und Schutz von Minderheiten, nachbarschaftliche Beziehungen, Einhaltung des Völkerrechts sowie die Anpassung an die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU stünden nicht zur Disposition. Die als unerbittlich bezeichnete Unterdrückung kritischer Stimmen in der Türkei sei sehr besorgniserregend. Dabei wurden die Verhaftung des Istanbul Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu als politisch motiviert bezeichnet und das Vorgehen der Sicherheitsbehörden bei den friedlichen Massenprotesten sowie die strafrechtliche Verfolgung von Hunderten Demonstrierenden in übereilten Massenprozessen kritisiert (vgl. BN v. 24.03.- 05.05.2025).²⁹

Auflösung der PKK und Ende des bewaffneten Kampfes

Am 09.05.2025 wurde eine Stellungnahme der verbotenen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) veröffentlicht. Die PKK habe während ihres Kongresses zwischen dem 05.05. und 07.05.25 historische Entscheidungen getroffen. In einer Rede am 10.05.25 erklärte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan, dass man sich sicheren Schrittes auf dem

Weg zu einer „terrorfreien Türkei“ befinde. Am 12.05.2025 verkündete die PKK ihre Auflösung und das Ende des bewaffneten Kampfes. Im Rahmen einer Friedensinitiative mit der Türkei werde die PKK ihre Waffen abgeben.³⁰

19. Mai 2025

Friedensprozess zwischen Regierung und PKK

Nachdem die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) am 12.05.2025 ihre Auflösung und das Ende des bewaffneten Kampfes verkündet hatte (vgl. BN v. 12.05.25), erklärte die türkische Regierung Medienberichten zufolge am 14.05.25, dass sie rechtliche und technische Schritte einleiten wolle, um den jahrzehntelangen Konflikt zu beenden. Am 14.05.25 teilte Staatspräsident Erdoğan außerdem mit, dass genau beobachtet werde, ob die Versprechen der PKK eingehalten würden.

Währenddessen geht die Regierung weiterhin militärisch gegen die PKK vor. So werde gemäß Verlautbarung des Verteidigungsministeriums vom 15.05.25 das Militär seine Operationen solange in den Gebieten, in denen die PKK aktiv ist, fortsetzen, bis sicher sei, dass alle Bedrohungen beseitigt sind. Außerdem erklärte der türkische Nachrichtendienst Millî İstihbarat Teşkilâtı (MİT) gemäß eines Zeitungsartikels vom 14.05.25, dass er den Waffenniederlegungsprozess der PKK verfolgen und die Schritte zur praktischen Umsetzung des Beschlusses in der Türkei, Syrien und Irak überwachen wird. Dies wird laut MİT voraussichtlich bis Ende Juni 2025 abgeschlossen sein. Dazu wird er die abgegebenen Waffen und die Identität der Kämpferinnen und Kämpfer länderübergreifend in Abstimmung mit den syrischen und irakischen Behörden registrieren.

Darüber hinaus forderte am 13.05.25 die pro-kurdische Partei für Emanzipation und Demokratie der Völker (DEM) die Regierung auf, vertrauensbildende Maßnahmen, wie die Freilassung politischer Gefangener oder verbesserte Haftbedingungen für den inhaftierten PKK-Gründer Abdullah Öcalan, zu ergreifen. Die Regierung soll laut Presseberichten an einem Vorschlag arbeiten, der die Haftstrafen im Allgemeinen lockern könnte. So soll bis Juni 2025 dem Parlament ein Bericht vorgelegt werden, welcher die bedingte Entlassung aller Personen vorsieht, die sich wegen Straftaten, die vor dem 31.07.23 begangen worden waren, in Untersuchungshaft befinden. Außerdem soll geplant sein, kranke Personen oder Frauen mit Kindern in den Hausarrest zu entlassen, wenn sie eine Strafe von weniger als fünf Jahren verbüßen. Medienberichten zufolge könnten so mehr als 60.000 Menschen von diesen Maßnahmen betroffen sein. Justizminister Yılmaz Tunç erklärte zugleich, dass diese Maßnahmen nicht als eine allgemeine Amnestie interpretiert werden sollten, welche nicht vorgesehen sei.³¹

Demonstration und Festnahmen an Universität in Istanbul

Gemäß Presseberichten wurden am 13.05.25 insgesamt 97 Personen bei einer von Studierenden organisierten Demonstration an der Istanbuler Boğaziçi-Universität festgenommen. Diese hatten gegen eine Campus-Veranstaltung protestiert, bei welcher der islamische Prediger Nureddin Yıldız auftrat. Yıldız wurde zuvor in der Öffentlichkeit für seine Äußerungen in einem Onlinevideo aus dem Jahr 2015 verurteilt, in dem er sagte, dass das islamische Recht kein Mindestalter für die Eheschließung vorschreibe und dass Kinder im Alter von sechs Jahren legal verheiratet werden könnten.

Sein Auftritt auf dem Universitätsgelände löste daraufhin Proteste von Studierenden aus, da Yıldız' Ansichten ihrer Meinung nach nicht mit den Menschenrechten und Kinderschutzstandards vereinbar wären. Bei den Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften seien nach Angaben des Gouverneursamtes von Istanbul 13 Polizeibedienstete verletzt worden. Nach einer ersten Untersuchung wurden laut Medienberichten 82 der 97 Festgenommenen wieder freigelassen. 15 Personen, darunter auch ein Medienschaffender eines türkischen Nachrichtensenders, wurden am 14.05.25 dem Gericht vorgeführt. Die Staatsanwaltschaft hatte die Verdächtigen beschuldigt, Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet zu haben und ihre formelle Verhaftung beantragt. Sechs Studierende wurden daraufhin formell verhaftet, während neun weitere unter richterlicher Aufsicht und mit einem Ausreiseverbot belegt entlassen worden waren.

Mehrere Abgeordnete der Republikanischen Volkspartei (CHP) kritisierten das Vorgehen der Sicherheitskräfte unter Einsatz von Tränengas und warfen ihnen ein einseitiges Vorgehen vor.³²

26. Mai 2025

Weitere Festnahmen im Umfeld des Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu

Medienberichten zufolge kam es am 20.05. und 23.05.25 zu erneuten Festnahmen im Umfeld des inhaftierten Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu. Insgesamt wurden 71 ehemalige und aktuelle Mitarbeitende der Stadtverwaltung von Istanbul festgenommen. Die Vorwürfe der Oberstaatsanwaltschaft Istanbul umfassen unter anderem Amtsmissbrauch und Bestechlichkeit sowie unrechtmäßige Ausschreibungen und Auftragsvergaben.³³

Erdoğan's Aufruf zur Verfassungsänderung und Ausschluss einer erneuten Kandidatur

In einem Interview vom 22.05.25 rief Präsident Recep Tayyip Erdoğan die Republikanische Volkspartei (CHP) dazu auf, sich an der Ausarbeitung einer neuen Verfassung zu beteiligen. Er verfolge hiermit keine persönliche politische Agenda, denn er beabsichtige nicht, erneut für das Präsidialamt zu kandidieren. Erdoğan bezeichnete die aktuelle, 1982 in Kraft getretene Verfassung als „verfasst von Putschisten“ infolge des Militärputsches von 1980. Sein Ziel sei die Erschaffung einer zivilen, demokratischen und freiheitlichen Grundordnung.³⁴

Festnahme von mutmaßlichen Anhängerinnen und Anhängern der Gülen-Bewegung

Laut Medienberichten vom 23.05.2025 wurden zeitgleich in 36 Provinzen Razzien gegen mutmaßliche Angehörige der Gülen-Bewegung durchgeführt. Im Rahmen der von der Generalstaatsanwaltschaft Istanbul durchgeführten Ermittlungen wurden 56 Militärs in Untersuchungshaft genommen. In einer schriftlichen Stellungnahme erklärte die Generalstaatsanwaltschaft, dass die „Fethullahistische Terrororganisation (FETÖ)“ die größte Bedrohung für die nationale Sicherheit darstelle. Die Anzahl ihrer nicht identifizierten Mitglieder innerhalb der Streitkräfte sei nach dem gescheiterten Putschversuch vom 15.07.16 weiterhin hoch und übertreffe sogar die Anzahl der bereits bekannten Beteiligten. Seit dem Putschversuch seien landesweit 1.915 Operationen durchgeführt und dabei 28.194 Verdächtige identifiziert worden. Von diesen seien 25.801 festgenommen, 8.992 inhaftiert, 13.968 unter Auflagen und 2.841 ohne Auflagen freigelassen worden. Flüchtig seien 2.393 Personen. Von den festgenommenen Verdächtigen seien 37 % geständig gewesen. 9.533 der freigelassenen Personen hätten wichtige Informationen zu anderen Mitgliedern bzw. Organisationsstrukturen geliefert, um von den Regelungen zur tätigen Reue zu profitieren.³⁵

02. Juni 2025

Verhaftungen von Mitarbeitenden in CHP-regierten Gemeinden

Laut Medienberichten vom 31.05. und 02.06.25 wurden insgesamt gegen 30 Stadtbedienstete in von der Republikanischen Volkspartei (CHP) regierten Gemeinden in Istanbul, darunter drei CHP-Bezirksbürgermeister und einen ehemaligen CHP-Abgeordneten, Haftbefehle ausgestellt. Die Haftbefehle beruhten auf vier separaten Korruptionsermittlungen mit dem Schwerpunkt auf Istanbul. Landesweit wurden insgesamt 47 Personen, darunter zwei weitere CHP-Bürgermeister aus der Provinz Adana, verhaftet.

Zuvor waren gemäß Presseberichten am 26.05.25 im Rahmen der von der Oberstaatsanwaltschaft Istanbul eingeleiteten Korruptionsermittlungen gegen die Istanbuler Stadtverwaltung 36 Verdächtige vor Gericht gestellt, wovon für 25 Personen von einem Gericht die Verhaftung angeordnet worden war. Laut Medienberichten vom 27.05.25 leitete die Oberstaatsanwaltschaft von Istanbul eine Untersuchung gegen den amtierenden CHP-Interimsbürgermeister von Istanbul, Nuri Aslan, wegen Verhinderung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben ein, nachdem er das Sicherheitspersonal im Gerichtsgebäude von Istanbul bedroht haben soll.

Ein CHP-naher Fernsehsender berichtete dazu, dass inzwischen neun von insgesamt 39 Bezirksbürgermeistern verhaftet worden seien und sich in Untersuchungshaft befänden. İmamoğlu, Präsidentschaftskandidat seiner Partei

für die nächsten Wahlen, wurde am 19.03.25 festgenommen und später wegen Korruptionsvorwürfen verhaftet (vgl. BN v. 24.03. bis 26.05.25).³⁶

Weiteres Vorgehen gegen mutmaßliche Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung

Gemäß Presseberichten ordnete nach Festnahmen vom 23.05.25 (vgl. BN v. 26.05.25) ein Istanbuler Gericht am 26.05.25 für 61 festgenommene, aktive Militärangehörige die Verhaftung an. Ihnen wurde vorgeworfen, über Münztelefone Kontakt zu mutmaßlichen Mitgliederinnen und Mitgliedern der Bewegung gehalten zu haben.

Medienberichten zufolge wurden am 27.05.25 insgesamt 23 weitere mutmaßliche Anhängerinnen und Anhänger der Gülen-Bewegung festgenommen. Die Operation in der Provinz Samsun konzentrierte sich auf die Döner-Restaurantketten Maydonoz und Kral. Beiden wird vorgeworfen, als finanzieller Deckmantel für die Gülen-Bewegung zu fungieren.

Darüber hinaus erfolgten laut Presseberichten bei der Dessertkette Antiochia Künefe am 26.05.25 Razzien. Bei dieser Operation wurden 33 Verdächtige in fünf Provinzen festgenommen, denen vorgeworfen wurde, Gelder für die Gülen-Bewegung gesammelt zu haben. Für 13 der Festgenommenen ordnete am 30.05.25 ein Gericht die Verhaftung an.³⁷

Festnahme von bis zu 87 Protestierenden in Istanbul

Medienberichten zufolge wurden am 28.05.25 auf dem Taksim-Platz in Istanbul 18 Personen festgenommen, als sie anlässlich des Jahrestags der Gezi-Park-Demonstrationen von 2013 eine gewaltfreie Gedenkveranstaltung abhielten. So standen die Demonstrierenden ohne Transparente oder Sprechchöre schweigend auf dem Platz. Den Festgenommenen wurde vorgeworfen, gegen das Gesetz Nr. 2911 über Versammlungen und Demonstrationen verstoßen zu haben. Gemäß Presseberichten vom 01.06.25 hatten sich die Festnahmen auf 87 Personen erhöht, nachdem am 31.05.25 weitere Kundgebungen stattgefunden hatten.

Bei der Gezi-Park-Bewegung handelte es sich um eine landesweite Demonstrationswelle im Mai und Juni 2013, die ihren Namen von dem vom Abriss bedrohten Gezi-Park auf dem Taksim-Platz erhalten hat, bei der Millionen Menschen auf die Straße gingen, um die ihrer Meinung nach zunehmende autoritäre Führung durch den damaligen Premierminister und heutigen Staatspräsidenten Recep Tayyip Erdoğan anzuprangern.³⁸

16. Juni 2025

Strukturelle und mediale Diskriminierung von Minderheiten

Am 12.06.2025 veröffentlichte die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), eine vom Europarat eingerichtete Institution, ihren sechsten Bericht zur Türkei. Dokumentiert werden ein deutlicher Anstieg von Hasskriminalität gegen Personen alevitischen Glaubens, Kurdinnen und Kurden, LGBTIQ-Personen, Roma, nichtmuslimische Minderheiten sowie geflüchtete Menschen. Auch die Hassrede gegen diese Personengruppen sei sowohl in der medialen Berichterstattung, als auch in der politischen Rhetorik weit verbreitet. Die staatlichen Schutzmaßnahmen werden als unzureichend und ineffektiv eingeordnet.

ECRI verlangt von der türkischen Regierung klare und nachhaltige Reformen, um Menschenrechte und Minderheitenschutz zu gewährleisten.³⁹

Verhaftung von Medienschaffenden

Presseberichten zufolge wurden am 13.06.25 mehrere Medienschaffende im Rahmen eines von der Staatsanwaltschaft Artvin geführten Ermittlungsverfahrens festgenommen und in die Provinzhauptstadt Artvin der gleichnamigen Provinz im Nordosten des Landes verbracht.

Auf richterlichen Beschluss führte die Polizei dabei Hausdurchsuchungen durch. Es wird wegen Mitgliedschaft in einer verbotenen Organisation ermittelt. Zu den genauen Vorwürfen ist bislang jedoch nichts bekannt, da für das Verfahren ein Geheimhaltungsbeschluss erlassen wurde. Die beiden NGOs Reporter ohne Grenzen (RSF) und die

Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften der Türkei (DISK) kritisierten das Vorgehen. Die Maßnahmen seien willkürlich und Journalismus kein Verbrechen.⁴⁰

23. Juni 2025

Verhaftung eines bekannten Journalisten wegen Drohung und tätlichen Angriffs gegen den Präsidenten

Medienberichten zufolge wurde der bekannte Journalist Fatih Altaylı am 21.06.25 aufgrund von Aussagen in einem Video in sozialen Medien festgenommen und anschließend inhaftiert. Altaylı hatte in dem Video auf eine Umfrage verwiesen, laut der 70 % der türkischen Bevölkerung gegen eine lebenslange Amtszeit von Präsident Recep Tayyip Erdoğan seien. Er verwies auf historische Beispiele aus der osmanischen Geschichte, in denen sich das Volk unliebsamer Herrscher entledigte. Die Generalstaatsanwaltschaft Istanbul wertete dies als Drohung und tätlichen Angriff gegen den Präsidenten. Die Istanbuler Rechtsanwaltskammer bezeichnete die Inhaftierung in ihrer schriftlichen Erklärung als willkürlich und rechtswidrig. Die Justiz verdrehe strafrechtliche Bestimmungen im Sinne der politischen Machthaber und nutze dies als Druckmittel, um die Gesellschaft, insbesondere Medienschaffende, Juristinnen und Juristen sowie Politikerinnen und Politiker, zum Schweigen zu bringen. Das staatliche Zentrum für die Bekämpfung von Desinformation (DMM) hingegen verteidigte das Vorgehen und wies jegliche Kritik als manipulativ zurück. Altaylıs Aussagen seien nicht von der Meinungsfreiheit gedeckt, die Inhaftierung sei rechtmäßig erfolgt und es liege keine politische Motivation der Justiz vor.⁴¹

Verhaftung des Strafverteidigers von Ekrem İmamoğlu

Medienberichten vom 20.06.25 zufolge wurde Mehmet Pehlivan, Rechtsanwalt des suspendierten Istanbuler Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03. bis 26.05.25), inhaftiert. Pehlivan wird vorgeworfen, als Mitglied einer kriminellen Vereinigung agiert und Einfluss auf Zeugenaussagen genommen zu haben. Die Vereinigung der Rechtsanwaltskammern der Türkei (TBB) und die Internationale Juristenkommission (ICJ) verurteilten die Maßnahmen scharf. Die ICJ betonte, dass die erhobenen Anschuldigungen legitime berufliche Aktivitäten eines Anwalts betreffen und daher keine Grundlage für strafrechtliche Maßnahmen bieten würden. Es handele sich um eine unrechtmäßige Einmischung des Staates in die Unabhängigkeit der Anwaltschaft sowie die Rechte auf persönliche Freiheit und ein faires Verfahren. Der türkische Staat verstoße damit gegen UN-Grundprinzipien zur Rolle von Rechtsanwälten, den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR) sowie die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK). Es handele sich hierbei um keinen losgelösten Einzelfall, sondern um ein Muster, bei dem in politisch heiklen Verfahren auch die anwaltschaftlichen Vertretungen in das Visier der türkischen Behörden gerieten.⁴²

30. Juni 2025

Maßnahmen gegen LGBTIQ: Festnahmen und Sperrung von Webseite

Am 22.06.25 wurden im Laufe der elften Trans Pride Parade mehrere LGBTIQ-Unterstützende im Istanbuler Stadtteil Kadıköy festgenommen.

Im Rahmen einer Veranstaltung der sozialistischen Türkiye İşçi Partisi (TİP, Arbeiterpartei der Türkei) hielt der bekannte Journalist und Parteimitglied İrfan Değirmenci am 28.06.25 eine Rede zu seinem Coming-out als Homosexueller und dessen Folgen. Die Istanbuler Polizei unterbrach Değirmenci und nahm ihn sowie weitere 41 Personen fest. Am selben Tag erklärte der Gouverneur von Istanbul Davut Gül (AKP), dass Versammlungen oder Aufmärsche von Randgruppen, die die öffentliche Ordnung gefährden nicht geduldet werden würden, da sie den Frieden der Gesellschaft störten und dem Familienbild sowie den moralischen Werten widersprächen.

Infolge dessen sperrten die Behörden am 29.06.25, dem Tag der 23. Istanbuler Pride Parade, einige zentrale Orte wie den Taksim-Platz und öffentliche Verkehrsmittel. Dennoch versammelten sich zahlreiche Personen an verschiedenen Orten in der Stadt, wobei es zu weiteren Festnahmen kam.

Per Gerichtsbeschluss vom 26.06.25 wurde der Zugang zur Website der ältesten LGBTIQ-Organisation der Türkei „Kaos GL“ gesperrt. Dieses Vorgehen wurde als Zensur kritisiert.⁴³

Weitere Anklage gegen Ekrem İmamoğlu

Medienberichten vom 24.06.25 zufolge wurde gegen den suspendierten Istanbul Oberbürgermeisters Ekrem İmamoğlu (vgl. BN v. 24.03. bis 26.05.25) eine weitere Anklage erhoben. İmamoğlu hatte am 23.03.25 die Staatsanwälte kritisiert, die ihm Terrorunterstützung vorgeworfen hatten. Dies wurde als Beamtenbeleidigung erachtet. Ihm drohen bis zu vier Jahre und einen Monat Haft sowie ein politisches Betätigungsverbot.⁴⁴

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

BN-Redaktion@bamf.bund.de

-
- 1 Turkish Minute, Pro-Kurdish party briefs main opposition, other parties on meeting with jailed PKK leader, letzte Aktualisierung 07.01.2025; Al Mayadeen English, Sources reveal to Al Mayadeen details of Ankara-PKK negotiations, letzte Aktualisierung 06.01.2025; ORF News, Öcalan bereit zu Ende des Aufstands, letzte Aktualisierung 29.12.2024; Zeit Online, Kurdenführer Öcalan zeigt sich offen für türkisch-kurdische Versöhnung, letzte Aktualisierung 29.12.2024; ZDF Heute, PKK-Gründer Öcalan will „Ära des Friedens“, letzte Aktualisierung 29.12.2024; Der Standard, Öcalan soll im türkischen Parlament dem Terror abschwören, letzte Aktualisierung 23.10.2024; Duvar English, Jailed politician Demirtaş gives 'full support' to PKK leader Öcalan's peace efforts, letzte Aktualisierung 11.01.2025; Rudaw, İmralı Heyeti'nin Demirtaş ve Yüksekdağ ziyaretinin saati belli oldu [The time of the İmralı Delegation's visit to Demirtaş and Yüksekdağ has been announced], letzte Aktualisierung 10.01.2025; Turkish Minute, Turkish authorities detained 147 people over alleged PKK links in 10 days: minister, letzte Aktualisierung 11.01.2025; Bianet English, Meeting of İmralı Delegation and CHP Leader Özgür Özel begins, letzte Aktualisierung 07.01.2025; Bianet, DEM Parti İmralı Heyeti, Figen Yüksekdağ ve Semra Güzel'le görüştü [DEM Party İmralı Delegation met with Figen Yüksekdağ and Semra Güzel], letzte Aktualisierung 12.01.2025; Turkish Minute, Turkey's pro-Kurdish party meets with imprisoned ex-leader, letzte Aktualisierung 11.01.2025; Duvar English, DEM Party delegation visits jailed HDP co-chair Figen Yüksekdağ amid peace efforts, letzte Aktualisierung 12.01.2025; Duvar English, There is 'great consensus' between parties, Erdoğan says on new Kurdish opening, letzte Aktualisierung 12.01.2025.
 - 2 Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu, 2024 Yılında Erkekler Tarafından en az 394 Kadın Öldürüldü, 259 Kadın Şüpheli Şekilde Ölü Bulundu [At least 394 women were killed by men in 2024, and 259 were found dead in suspicious circumstances], letzte Aktualisierung 03.01.2025; ANF News, We Will Stop Femicide Platform: At least 394 women were murdered in 2024, letzte Aktualisierung 04.01.2025; Duvar English, Turkey records highest-ever femicide rate in 2024, letzte Aktualisierung 03.01.2025; Stockholm Center for Freedom, Number of femicides in Turkey soared to 394 in 2024: rights group, letzte Aktualisierung 06.01.2025.
 - 3 Artı Gerçek, 2024 Basın Özgürlüğü Karnesi: Beş gazeteci öldü, 57 gazeteciye 135 yıl hapis cezası [Press Freedom Report 2024: Five journalists died, 57 journalists sentenced to 135 years in prison], letzte Aktualisierung 02.01.2025; Stockholm Center for Freedom: Turkey sentenced 58 journalists to prison, arrested 26 in 2024: report, letzte Aktualisierung 02.01.2025; Evrensel, DEM Partili Zeynep Oduncu Kutevi iktidarın basın özgürlüğü karnesini açıkladı [DEM Party's Zeynep Oduncu Kutevi reveals the government's record on press freedom], letzte Aktualisierung 02.01.2025.

-
- 4 Deutschlandfunk, Bürgermeister von Istanbul Stadtteils Besiktas, Rıza Akpolat, festgenommen – CHP spricht von politisch motivierter Verfolgung, last update 13.01.2025; Bianet English, Trustee appointed to DEM Party's Akdeniz Municipality, last update 14.01.2025; Turkish Minute, Turkey detains co-mayors from pro-Kurdish party in morning raids, last update 10.01.2025; Deutsche Welle Türkçe, Tutuklanan DEM Partili Sarıyıldız yerine kayyum atandı [Trustee appointed to replace arrested DEM Party member Sarıyıldız], last update 13.01.2025; BBC Türkçe, Mersin Akdeniz Belediyesi'ne kayyum atandı; DEM Partili eş başkanlar tutuklandı [Trustee appointed to Mersin Akdeniz Municipality; DEM Party co-mayors arrested], last update 13.01.2025; T24, Tutuklanan Akdeniz Belediyesi Eş Başkanı Hoşyar Sarıyıldız görevden alındı, yerine kayyum atandı [Arrested Akdeniz Co-Mayor Hoşyar Sarıyıldız dismissed, replaced by a trustee], last update 14.01.2025; ANF News English, Masses protest in front of Akdeniz Municipality besieged by the police after detention of co-mayors, last update 10.01.2025; ANF News Deutsch, Türkei: DEM-Bürgermeister:innen verhaftet und abgesetzt, last update 13.01.2025; Bianet English, Akdeniz District Municipality Co-Chairs Hoşyar Sarıyıldız and Nuriye Aslan detained, last update 10.01.2025; Stockholm Center for Freedom, Turkey detains co-mayors from pro-Kurdish party in morning raids, last update 10.01.2025; Bianet English, Rıza Akpolat brought to Court House, last update 16.01.2025; Stockholm Center for Freedom: Turkish Minute, Erdoğan is behaving like a mob boss, says main opposition leader, last update 18.01.2025; Turkey has removed 154 mayors since 2016 coup attempt, mainly on 'terrorism charges', last update 23.12.2024; Deutsche Welle Türkçe, Tutuklanan Akpolat görevden uzaklaştırıldı [Arrested Akpolat suspended from duty], last update 17.01.2025; Deutsche Welle Türkçe, CHP'de Akpolat'ın tutuklanmasının ardından neler oluyor? [What is happening in CHP after Akpolat's arrest?], last update 17.01.2025; Euronews, Beşiktaş Belediye Başkanı Rıza Akpolat tutuklandı [Beşiktaş Mayor Rıza Akpolat arrested], last update 17.01.2025; Anadolu Ajansı, Beşiktaş Belediye Başkanı Rıza Akpolat görevden uzaklaştırıldı [Beşiktaş Mayor Rıza Akpolat suspended from office], last update 17.01.2025; Voice of America Türkçe, Beşiktaş Belediye Başkanı Rıza Akpolat, "suç örgütüne üye olmak" ve "rüşvet almak" suçlarından tutuklandı [Beşiktaş Mayor Rıza Akpolat arrested on charges of "membership in a criminal organization" and "taking bribes"], last update 17.01.2025; Anadolu Ajansı, Rıza Akpolat'ın da aralarında olduğu 31 şüpheli için tutuklama talebi [Arrest request for 31 suspects including Rıza Akpolat], last update 17.01.2025; Evrensel, Beşiktaş Belediye Başkanı Rıza Akpolat tutuklandı [Beşiktaş Mayor Rıza Akpolat arrested], last update 17.01.2025.
 - 5 Stockholm Center for Freedom, Turkish authorities detain 200 people over alleged Gülen links in a week of operations, last update 17.01.2025; TRT Haber, TSK'nın askeri gizli yapılanmasına FETÖ operasyonu: 7 gözaltı [FETÖ operation against the secret military organization of the Turkish Armed Forces: 7 arrests], last update 14.01.2025; Cumhuriyet, İstanbul merkezli 8 ildeki FETÖ operasyonunda 41 şüpheli yakalandı: 18'i aktif kamu görevlisi [A total of 41 suspects were arrested in a FETÖ operation in 8 cities centered in Istanbul: 18 of them are active public officials], last update 14.01.2025; Haber Turk, İzmir'de FETÖ operasyonu: 17 gözaltı [FETÖ operation in Izmir: 17 detained], last update 15.01.2025; Memurlar, FETÖ'ye yönelik İstanbul merkezli operasyonda 17 tutuklama [17 arrests in Istanbul-based operation against FETÖ], last update 17.01.2025; Turkish Minute, Turkey detains 110 in operations targeting alleged Gülen followers, last update 14.01.2024; Stockholm Center for Freedom: Turkish authorities detain 85 people over alleged Gülen links in a week of operations, last update 10.01.2025; TRT Haber, Ankara'daki FETÖ soruşturmasında 22 şüpheli gözaltına alındı [22 suspects detained in FETÖ investigation in Ankara], last update 07.01.2025; Gazete Pencere, Hala görevde olan 3 devlet memuruna FETÖ operasyonu [FETÖ operation against 3 civil servants still on duty], last update 17.01.2025.
 - 6 Deutsche Welle, Chef von türkischer Oppositionspartei Ümit Özdağ verhaftet, last update 22.01.2025; Anka Haber Ajansı, Ümit Özdağ ifadesinde Kayseri olayları sırasında vatandaşlara 'evlerinize dönün' çağrısı yaptığını anlattı [Ümit Özdağ testified that he called on citizens to 'return to your homes' during the Kayseri incidents], last update 21.01.2025; Turkish Minute, Far-right opposition leader arrested on charges of 'inciting hatred', last update 21.01.2025; BBC News Türkçe, Zafer Partisi Genel Başkanı Ümit Özdağ tutuklandı [Zafer Party Chairman Ümit Özdağ arrested], last update 21.01.2025; Daily Sabah, Far-right party Chair Özdağ arrested for inciting hatred, last update 21.01.2025; Spiegel Online, Türkischer Rechtsaußenpolitiker wegen Präsidentenbeleidigung festgenommen, last update 21.01.2025; Süddeutsche Zeitung, Erdoğan geht wieder heftiger gegen die Opposition vor, last update 22.01.2025; Stockholm Center for Freedom, İstanbul's opposition mayor investigated for targeting prosecutor amid crackdown on his party, last update 20.01.2025; Gazete Oksijen, Başsavcılık duyurdu: İmamoğlu gibi paylaşım yapanlar hakkında da soruşturma açıldı [Chief Public Prosecutor's Office announced: Investigation opened against those who shared posts like İmamoğlu], last update 20.01.2025; Turkish Minute, Far-right opposition leader detained on Erdoğan insult allegations, last update 20.01.2025.
 - 7 Stockholm Center for Freedom, Turkey arrests 6 Kurdish journalists on terrorism charges, last update 20.01.2025; Bianet, Gazeteci Eylem Babayiğit gözaltına alındı [Journalist Eylem Babayiğit detained], last update 22.01.2025; Voice of America Kurdish, Bertekên Dijî Zindankirina 6 Rojnamevanan li Tirkîyê [Reactions to the Imprisonment of 6 Journalists in Turkey], last update 21.01.2025; Stockholm Center for Freedom, 6 Kurdish journalists detained in police raids in Turkey, last update 17.01.2025; Stockholm Center for Freedom, Kurdish journalist detained in İstanbul over alleged membership in 'terrorist organization', last update 22.01.2025.
 - 8 Kronos: AYM, cemaat davalarında AİHM içtihatlarına uymaya mı başladı? [Hat das Verfassungsgericht begonnen, sich in Gemeinschaftsfällen an die Rechtsprechung des EGMR zu halten?], last update 29.01.2025; Stockholm Center for Freedom, Turkey's top court orders retrial in Gülen case, citing rights violations and insufficient evidence, last update 22.01.2025.
 - 9 Stockholm Center for Freedom, [UPDATE] Turkish court arrests 10 opposition municipal officials on terrorism charges, last update 16.02.2025; Turkish Minute, Turkish gov't intensifies crackdown on opposition party with new wave of detentions, last update 11.02.2025; BBC News Türkçe, CHP'nin Kartal ve Ataşehir belediye başkan yardımcılarını tutuklandı [CHP deputy mayors of Kartal and Ataşehir arrested], last update 14.02.2025; Stockholm Center for Freedom, European Parliament backs sanctions on Turkish officials over removal of opposition mayors, last update 14.02.2025; Turkish Minute, Police storm city hall, detain 127 as Turkey removes another Kurdish mayor from office, last update 15.02.2025; ANF News, Bürgermeister Abdullah Zeydan zu Haftstrafe verurteilt, last update 11.02.2025; Handelsblatt, Weiterer kurdischer Bürgermeister in der Türkei abgesetzt, last update 15.02.2025; Rudaw English, Turkey sacks Kurdish mayor of Van, last update 15.02.2025; Duvar English, Turkey ousts another Kurdish mayor, appoints trustee in Van Municipality, last update 16.02.2025.

-
- 10 Stockholm Center for Freedom, Pro-Kurdish and socialist politicians, journalists among 52 detained on accusations of terrorism, last update 18.02.2025; Middle East Eye, Turkey: Mass detention snares leftist, pro-Kurdish and LGBTQ journalists, last update 19.02.2025; Bianet English, Dozens detained in raids targeting pro-Kurdish, leftist groups, last update 18.02.2025; Medyascope, Şafak operasyonu: Gazeteciler, sanatçılar ve siyasetçilerin olduğu çok sayıda kişi gözaltına alındı [Operation Dawn: Journalists, artists and politicians detained], last update 18.02.2025; Rudaw, İstanbul Merkezli 51 ilde operasyon: 282 kişi gözaltına alındı [Istanbul based operation in 51 provinces: 282 people detained], last update 18.02.2025; NTV, 51 ilde PKK/KCK'ya operasyon: 282 gözaltı [Operations in 51 provinces against PKK/KCK: 282 detained], last update 18.02.2025; Tagesschau, 282 Festnahmen bei Razzien gegen Kurden, last update 18.02.2025; Zeit Online, Mehr als 280 Menschen bei Razzien gegen PKK festgenommen, last update 18.02.2025; Deutschlandfunk, Türkei nimmt 280 mutmaßliche PKK-Mitglieder fest, last update 18.02.2025; Medyascope, Gazeteciler Elif Akgül, Yıldız Tar ve Nurcan Kaya'nın gözaltı süresi uzatıldı [Detention period of journalists Elif Akgül, Yıldız Tar and Nurcan Kaya extended], last update 19.02.2025; KAOS GL, Trans Pride Week Committee: 'Yıldız Tar is a press worker, free press will never be silenced', last update 21.02.2025; EKOL TV, Pınar Aydınlar için tutuklama istemi! [Arrest request for Pınar Aydınlar!], last update 21.02.2025; Bianet, Pınar Aydınlar gözaltında açlık grevine başladı [Pınar Aydınlar goes on hunger strike in detention], last update 20.02.2025; ANF News, 52 Festnahmen: Operation gegen HDK in Istanbul, last update 18.02.2025.
- 11 TRT Haber, 10 ilde FETÖ operasyonu: 17 doktor gözaltında [FETÖ operation in 10 provinces: 17 doctors detained], last update 17.02.2025; Stockholm Center for Freedom, Turkey detains 17 physicians over alleged ties to Gülen movement, last update 17.02.2025; Turkish Minute, Turkey detains 103 in operations targeting alleged Gülen followers, last update 15.02.2025; Yeni Şafak, 17 doktor FETÖ'den gözaltında [17 doctors detained for FETÖ], last update 18.02.2025; Cumhuriyet, İstanbul merkezli 10 ilde FETÖ operasyonu: 17 doktor yakalandı [FETÖ operation in 10 provinces centered in Istanbul: 17 doctors arrested], last update 17.02.2025.
- 12 Birgün, Abdullah Öcalan: The PKK must lay down its arms and dissolve itself, last update 27.02.2025; TRT Haber, Çelik: Terör örgütü bütün unsurları ve uzantılarıyla silah bırakmalı [Çelik: The terrorist organization must lay down arms with all its elements and extensions], last update 28.02.2025; Duvar English, Erdoğan says 'new phase' begins in bid for a 'terror-free' Turkey after Öcalan's call, last update 01.03.2025; Frankfurter Allgemeine Zeitung, PKK verkündet Waffenstillstand mit der Türkei, last update 01.03.2025; TAZ, Der Preis der Freiheit für Abdullah Öcalan, last update 01.03.2025; Turkish Minute, Erdoğan says PKK leader's call to disband the group a 'historic opportunity', last update 01.03.2025; Stockholm Center for Freedom, Öcalan calls on PKK to lay down arms, disband, in historic statement, last update 28.02.2025; Turkish Minute, PKK declares ceasefire after 40 years of conflict with Turkey, last update 01.03.2025; Bianet English, Opposition leader calls for transparency in Kurdish peace process, last update 28.02.2025; Süddeutsche Zeitung, Der lange Weg zum Frieden, last update 02.03.2025; Spiegel Online, PKK verkündet sofortige Waffenruhe mit der Türkei, last update 01.03.2025; Turkish Minute, PKK declares ceasefire after 40 years of conflict with Turkey, last update 01.03.2025; Hürriyet Daily News, Türkiye enters 'new phase' in counterterrorism efforts: Erdoğan, last update 28.02.2025; Voice of America Türkçe, DEM Parti heyetinin üçüncü İmralı ziyareti tamamlandı [The third visit of the DEM Party delegation to İmralı was completed], last update 27.02.2025; ANF News, Hatimoğulları: Erwarten Öcalans Botschaft in den nächsten Tagen, last update 26.02.2025; ANF News, Treffen mit Öcalan beendet: Botschaft für 15 Uhr angekündigt, last update 27.02.2025; Turkish Minute, Öcalan's historic call to disband PKK elicits mixed reactions from opposition leaders, last update 28.02.2025; Voice of America Türkçe, Cumhurbaşkanı Erdoğan'dan Öcalan'ın PKK'ya çağrısı sonrası ilk açıklama: "Terörsüz Türkiye çabalarında yeni bir safhaya geçilmiştir" [President Erdoğan's first statement after Öcalan's call to the PKK: "A new phase has begun in the efforts for a terror-free Turkey"], last update 28.02.2025; Deutschlandfunk, Erdogan dringt auf Entwaffnung und warnt vor Verzögerungen, last update 01.03.2025; Duvar English, Far-right leader Bahçeli calls Öcalan's message, PKK's response 'valuable', last update 02.03.2025; Birgün, PKK: We declare a ceasefire, last update 01.03.2025; Bianet English, How Öcalan's call for PKK's disbandment echoed in Diyarbakır, last update 28.02.2025; Duvar English, PKK declares ceasefire following Öcalan's call, last update 01.03.2025; Artı Gerçek, Erdoğan'dan Öcalan açıklaması: Dün itibarıyla artık bir safhaya geçilmiştir [Öcalan statement from Erdoğan: As of yesterday, a phase has passed], last update 28.02.2025; TRT Haber, Cumhurbaşkanı Erdoğan: Terör örgütünün bahaneleri ortadan kalktı [President Erdogan: The excuses of the terrorist organization have disappeared], last update 01.03.2025; BBC News Türkçe, Öcalan PKK'ya silah bırakma ve kendini feshetme çağrısı yaptı [Öcalan calls on PKK to lay down arms and dissolve itself], last update 28.02.2025.
- 13 Deutsche Welle, Türkçe, Beykoz Belediye Başkanı Köşeler gözaltına alındı [Beykoz Mayor Köşeler detained], letzte Aktualisierung 27.02.2025; Agos, Beykoz Belediye Başkanı Alaattin Köşeler evi basılarak gözaltına alındı [Beykoz Mayor Alaattin Köşeler detained after his house raided], last update 27.02.2025; Serbestiyet, Beykoz Belediye Başkanı Alaattin Köşeler gözaltına alındı [Beykoz Mayor Alaattin Köşeler detained], last update 27.02.2025; Turkish Minute, Opposition mayor among 21 detained in İstanbul dawn raids in bid-rigging probe, last update 27.02.2025; Bianet, Beykoz Belediye Başkanı Alaattin Köşeler gözaltına alındı [Beykoz Mayor Alaattin Köşeler detained], last update 27.02.2025; Birgün, Gözaltına alınan Beykoz Belediye Başkanı Alaattin Köşeler'in emniyet ifadesi başladı [Detained Beykoz Mayor Alaattin Köşeler's police statement begins], last update 28.02.2025; Milliyet, Alaattin Köşeler kimdir? Beykoz Belediye Başkanı Alaattin Köşeler neden gözaltına alındı? [Who is Alaattin Köşeler? Why was Beykoz Mayor Alaattin Köşeler detained?], last update 27.02.2025; Evrensel, Beykoz Belediye Başkanı Alaattin Köşeler gözaltına alındı [Beykoz Mayor Alaattin Köşeler detained], last update 27.02.2025.

-
- 14 Birgün, AKP yöneticisi Maydonoz Döner'e kayyum olarak atandı: Kayyum olduğunu da BirGün'den öğrendi [AKP administrator appointed as trustee to Maydonoz Döner: He learned about the trustee from BirGün], last update 07.03.2025; Hürriyet, Maydonoz Döner operasyonunun detayları ortaya çıktı! FETÖ üyeleri ile 220 milyon TL'lik işlem hacmi... Gözaltına alınanların telefonundan ByLock çıktı [Details of Maydonoz Döner operation revealed! 220 million TL transaction volume with FETÖ members... ByLock found on detainees' phones], last update 22.02.2025; Milliyet, Son dakika! Maydonoz Döner'e FETÖ operasyonu: Kayyum atandı [Breaking news! FETÖ operation against Maydonoz Döner: Trustee appointed], last update 21.02.2025; Milliyet, Son dakika! Maydonoz Döner'e FETÖ operasyonu: Kayyum atandı [Breaking news! FETÖ operation against Maydonoz Döner: Trustee appointed], last update 21.02.2025; Rudaw, 390 şubeli restoran zincirine kayyum atandı: Şirketin sahibi ve ortakları gözaltına alındı [A trustee was appointed to a 390-branch restaurant chain: Owner and partners detained], last update 21.02.2025; Dünya, Maydonoz Döner'in sahibi Ömer Şeyhin kimdir? Kaç yaşında, nereli? [Who is Ömer Şeyhin, the owner of Maydonoz Döner? How old is he and where is he from?], last update 21.02.2025; Stockholm Center for Freedom, Popular döner restaurant chain in Turkey investigated over Gülen links, 353 detained, last update 24.02.2025; Evrensel, Maydonoz Döner'e kayyum atandı [Trustee appointed to Maydonoz Döner], last update 21.02.2025.
- 15 Voice of America Türkçe, 8 Mart'ta binlerce kadın Taksim'deydi: "Haksız yüzyılların hesabını soruyoruz" [On March 8, thousands of women were in Taksim: "We call to account for centuries of injustice"], last update 09.03.2025; Adana Masası, İstanbul-Beyoğlu Kaymakamlığı, 8 Mart'ta 24 saat süreyle toplantı, gösteri yürüyüşü gibi tüm etkinlikleri yasakladı [İstanbul- Beyoğlu Kaymakamlığı, 8 Mart'ta 24 saat süreyle toplantı, gösteri yürüyüşü gibi tüm etkinlikleri yasakladı], last update 07.03.2025; Voice of America Türkçe, Gaziantep'te Kadınlar Günü'nde kadınlar talepleri için sokaktaydı [Women take to the streets for their demands on Women's Day in Gaziantep], last update 08.03.2025; Turkish Minute, Turkish authorities again ban Women's Day march in central İstanbul, last update 07.03.2025; Bianet English, Demonstration ban issued ahead of İstanbul Feminist Night March, last update 07.03.2025; Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu, Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu 2025 Şubat Raporu [We Will Stop Femicide Platform February 2025 Report], last update 03.03.2025; Voice of America Türkçe, Diyarbakır'da 8 Mart Dünya Emekçi Kadınlar Günü 'barış' mesajıyla kutlandı [March 8 International Working Women's Day celebrated in Diyarbakır with a message of 'peace'], last update 08.03.2025; Medyascope, Beyoğlu Kaymakamlığı, 8 Mart'ta Taksim'i yine yasakladı [Beyoğlu District Governorate bans Taksim again on March 8], last update 07.03.2025; Bianet English, Thousands attend Feminist Night March despite restrictions, last update 08.03.2025; Duvar English, Thousands gather in İstanbul for feminist night march despite government's crackdown, last update 08.03.2025; Birgün, On March 8, we take to the streets for equality, last update 07.03.2025; Artı Gerçek, Taksim'e yine 8 Mart yasağı [March 8 ban on Taksim again], last update 07.03.2025; Stockholm Center for Freedom, Some 200 detained after İstanbul Women's Day march, organizers say, last update 09.03.2025; Bianet English, Women's Day marked in Diyarbakır with message from Öcalan, last update 08.03.2025; Duvar English, İstanbul district bans all demonstrations ahead of International Women's Day, last update 08.03.2025; Birgün, Institutionalisation alienates women from one another, 09.03.2025; Bulgarian News Agency, Thousands March in Ankara on International Women's Day to Protest Femicide, last update 08.03.2025; Voice of America Türkçe, Yüzlerce kadın Kadıköy'de biraraya geldi: "İstiyoruz ki kadınlar sokakta, evde şiddet görmesin" [Hundreds of women came together in Kadıköy: "We want women to be free from violence on the streets and at home"], last update 08.03.2025; Deutsche Welle, Türkei: Zahlreiche Festnahmen bei Demos zum Weltfrauentag, last update 09.03.2025; Queer.de, Türkei: Mehr als 100 Festnahmen bei Demo am Weltfrauentag, last update 09.03.2025.
- 16 Bursa Muhallif, 24 saatte 5 kadın erkekler tarafından katledildi, 1 kadın darbedildi [5 women were murdered, 1 woman was beaten by men in 24 hours], last update 11.03.2025; Stockholm Center for Freedom, At least 5 women fall victim to femicide in 2 days, raising alarm over gender-based violence in Turkey, last update 13.03.2025; Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu, Kadın Cinayetlerini Durduracağız Platformu 2025 Şubat Raporu [We Will Stop Femicide Platform February 2025 Report], last update 03.03.2025; İlkse, 2 günde 5 kadın öldürüldü: 4'ü aile içinde [5 women were murdered in 2 days: 4 in the family], last update 13.03.2025.
- 17 Bianet English, Turkey to set up cybersecurity authority with sweeping powers as new law passes, last update 13.03.2025; BBC News Türkçe, Siber Güvenlik Kanunu neden tartışılıyor, hangi düzenlemeleri içeriyor? [Why is the Cyber Security Law being debated and which regulations does it include?], last update 13.03.2025; Turkish Minute, Turkey passes controversial cybersecurity law amid concerns from opposition, last update 13.03.2025; Nordic Monitor, Erdogan gov't gains sweeping authority over personal data with new law, last update 14.03.2025; Voice of America Türkçe, Tartışma yaratan Siber Güvenlik Kanunu'na hukukçu yorumu: "Her türlü iletişim özgürlüğüne tehdit" [Legal experts comment on the controversial Cyber Security Law: "A threat to freedom of communication"], last update 14.03.2025; Anadolu Ajansı, Siber Güvenlik Kanunu Teklifi, TBMM Genel Kurulunda kabul edildi [Cyber Security Law Proposal adopted at the General Assembly of the Grand National Assembly of Turkey], last update 13.03.2025; Medyascope, Siber Güvenlik Kanun Teklifi, TBMM Genel Kurulu'nda kabul edildi [Cyber Security Bill adopted at the General Assembly of the Grand National Assembly of Turkey], last update 13.03.2025; Deutsche Welle Türkçe, Siber Güvenlik Yasası ikinci bir sansür aracı mı olacak? [Will the Cyber Security Law be a second censorship tool?], last update 13.03.2025.
- 18 The New York Times, Turkey Ousts and Jails Istanbul Mayor, Who Was Expected to Run for President, last update 23.05.2025; Frankfurter Rundschau, CHP wählt Imamoglu offiziell zum Präsidentschaftskandidaten, last update 24.03.2025; BBC, Fierce protests in Turkey after Erdogan rival jailed, last update 24.03.2025.

-
- 19 Birgün, Yüz binlerce yurttaş alanda: Maltepe mitingi başladı [Hundreds of thousands of citizens in the area: Maltepe rally started], letzte Aktualisierung 29.03.2025; Birgün, İstanbul'da tutuklananların ilk duruşması 18 Nisan'da [First hearing of those arrested in Istanbul on April 18], last update 29.03.2025; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Massenprotest in Istanbul gegen Imamoglus Verhaftung, last update 29.03.2025; Birgün, Yıkamazsınız halkın direnişini [You cannot destroy the people's resistance], last update 29.03.2025; Stockholm Center for Freedom, Protestors report severe police mistreatment amid nationwide protests, last update 28.03.2025; Birgün, 'Gözetimdeki işkence yapılmış' [Detainees were tortured], last update 28.03.2025; Turkish Minute, Police response to mass protests marked by punitive ill-treatment: lawyers, last update 28.03.2025; Birgün, İzmir Barosu: "Darp ve cebir izine rastlanmış, işkence ve kötü muamele raporlanmıştır" [Izmir Bar Association: "Traces of beating and force were found, torture and ill-treatment were reported"], last update 30.03.2025; Welt, Hunderttausende Türken demonstrieren gegen Erdogan – Polizei geht brutal gegen Proteste vor, last update 30.03.2025; Süddeutsche Zeitung, Boykotte sollen Erdoğan schwächen, last update 30.03.2025.
- 20 Euronews, Two Turkish journalists detained as protests over İmamoğlu's arrest continue, last update 28.03.2025; Reuters, Swedish journalist jailed in Turkey on terrorism, insult charges, last update 28.03.2025; BBC News, BBC's Mark Lowen deported from Turkey after covering protests, last update 27.03.2025.
- 21 Bianet, Detained İstanbul municipal executive hospitalized for third time, last update 04.04.2025; Bianet, İmamoğlu protestlerinde tutuklanan öğrenci: Bipolar hastasıyım, ilaçlarım verilmiyor [Student arrested at İmamoğlu protest: I have bipolar disorder, my medication is denied], last update 03.04.2025; Stockholm Center for Freedom, Prison authorities deny essential medication to university student arrested in İstanbul protests, last update 03.04.2025; Turkish Medical Association, Tutuklu ve Gözetimdeki İnsanların Sağlık Hakkından Mahrum Bırakmak Suçtur [It is a Crime to Deprive Arrested and Detained People of their Right to Health], last update 31.03.2025.
- 22 Stockholm Center for Freedom, Turkey fines Meta for refusing to suspend protest-linked accounts, last update 03.04.2025; Politico, Meta faces 'substantial' fine for not complying with Turkey's gag orders, last update 01.04.2025; Turkish Minute, Watchdog imposes 10-day broadcast ban on network over coverage of protests in Turkey, last update: 27.03.2025; Politico, Musk's X suspends opposition accounts in Turkey amid civil unrest, last update 22.03.2025; Frankfurter Allgemeine Zeitung, Türkische Sender wegen İmamoğlu-Sendungen bestraft, last update 20.03.2025.
- 23 Bianet, Savcı, Saraçhane protestlerini takip eden 7 gazeteciye 3 yıla kadar hapis istedi [Prosecutor demands up to 3 years in prison for 7 journalists covering Saraçhane protests], last update 09.04.2025; Deutsche Welle, Saraçhane eylemleri: Tahliye edilen gazetecilere dava açıldı [Saraçhane protests: Lawsuit filed against released journalists], last update 09.04.2025; Zeit Online, Türkische Polizei nimmt zwei regierungskritische Journalisten fest, last update 10.04.2025; Reporters without Borders, Türkiye: RSF calls for the immediate release of investigative journalists Timur Soykan and Murat Ağirel, last update 11.04.2025; Bianet English, Prosecutor seeks prison terms for journalists who covered İmamoğlu protests, last update 11.04.2025; BBC News Türkçe, Gazeteciler Timur Soykan ve Murat Ağirel'e adli kontrol kararı [Judicial control order against journalists Timur Soykan and Murat Ağirel], last update 11.04.2025.
- 24 Bianet English, Prosecutors seek up to three years in prison for 139 arrested during İmamoğlu protests, last update 09.04.2025; Anka Haber Ajansı, Mahmut Tanal'ın "özgürlük ve adalet" nöbeti: "Açıkça uyarıyorum, bu baskıcı uygulamalarla ne bizi susturabilirsiniz ne de halkımızla aramıza duvar örebilirsiniz" [Mahmut Tanal's 'freedom and justice' vigil: 'I openly warn you, you can neither silence us nor build a wall between us and our people with these oppressive practices'], last update 09.04.2025.
- 25 Bianet, Kabloğlu: Son bir ayda, savaş halinde bile geçerli olan haklar ihlal edildi [Kabloğlu: In the last month, rights that apply even in times of war have been violated], last update 22.04.2025; Anka Haber Ajansı, İstanbul Barosundan hak ihlalleri raporu: Son bir aydaki protestolar nedeniyle İstanbul'da 26'sı çocuk 593 kişi gözaltına alındı, 238'i tutuklandı [Rights violations report from İstanbul Bar Association: 593 people, including 26 children, were detained and 238 were arrested in İstanbul due to protests in the last month], last update 22.04.2025; Deutsche Welle, Baro: İmamoğlu eylemlerindeki tutuklamalar hukuka aykırı [Bar Association: Arrests in İmamoğlu protests unlawful], last update 22.04.2025.
- 26 Bianet English, Turkey restricts planned C-sections amid vaginal birth campaign, last update 21.04.2025; DHA, Cumhurbaşkanı Erdoğan: Medeniyetimiz, kadın-erkek demeden yaratılanı eşit görür [President Erdoğan: Our civilisation regards all creation as equal, regardless of men and women], last update 19.04.2025; Cumhuriyet, Sağlık Bakanı Memişoğlu'ndan tepki çeken 'aile' ve 'çocuk' sözleri: 'Eğer çocuğunuz yoksa aile olamıyorsunuz, sadece karı koca oluyorsunuz...' [Remarks on 'family' and 'child' by Minister of Health Memişoğlu that drew reaction: 'If you do not have children, you cannot be a family, you are only husband and wife...'], last update 25.04.2025; Deutsche Welle, Warum verbietet die Türkei Kaiserschnitte?, last update 25.04.2025.
- 27 Cumhuriyet, 1 Mayıs gözaltılarında son durum: Hala adliye sevk bekleyenler var [Latest on May 1 detentions: Still awaiting transfer to the courthouse], last update 02.05.2025; Turkish Minute, Majority of May Day detainees in İstanbul released, 36 remain in police custody, last update 02.05.2025; Taz, 1. Mai in der Türkei: Polizeigewalt und viele Festnahmen in Istanbul, last update 01.05.2025; Tagesschau, Demonstrationen zum 1. Mai: Hunderte Festnahmen in Istanbul, last update 01.05.2025; Reuters, Turkish police scuffle with May Day protesters in İstanbul, detain hundreds, last update 01.05.2025; Stockholm Center for Freedom, More than 400 detained in İstanbul for attempting to march to Taksim on May Day, last update 01.05.2025; Amnesty International, Turkey must lift ban on May 1 demos in İstanbul's Taksim Square, last update 30.04.2025; France 24, İstanbul lockdown aims to prevent May Day marches, last update 01.05.2025.
- 28 Reporter ohne Grenzen, Rangliste der Pressefreiheit: Weltweite Entwicklungen im Überblick, last update 02.05.2025; Stockholm Center for Freedom, Turkey ranks 159th in new press freedom index: RSF, last update 02.05.2025; P.A. Turkey, RSF: Turkey Ranks 159th in 2025 Press Freedom Index Amid Ongoing Repression, last update 02.05.2025; Medya News, Turkey falls to 159th in global press freedom index amid deepening media crisis, last update 03.05.2025; Balkan Insight, RSF Report: Media Freedom Tumbling in Most Balkan Countries, last update 02.05.2025.
- 29 Europäisches Parlament, EU-Beitrittsprozess der Türkei muss eingefroren bleiben, last update 07.05.2025.

-
- 30 Nachrichtenagentur Firat (ANF), PKK 12. Kongresi başarıyla yapıldı [PKK's 12th Congress successfully held], last update 09.05.2025; Anka Haber Ajansı, Cumhurbaşkanı Erdoğan: "Terörsüz Türkiye" hedefine giden yolda sağlam adımlarla ilerliyoruz [President Erdoğan: We are taking firm steps towards the goal of "Turkey without terrorism"], last update 10.05.2025; Nachrichtenagentur Firat (ANF), PKK sonuç bildirisi açıklandı: PKK adıyla yürütülen çalışmalar sonlandırıldı [PKK final declaration announced: Work carried out in the name of the PKK has been terminated], last update 12.05.2025.
- 31 Milliyet, Süreci MİT takip edecek [MIT will follow the process], last update 14.05.2025; Turkish Minute, Turkey eyes legal steps after Kurdish militant group PKK lays down arms, last update 15.05.2025; Balkan Insight, Turkey's Path to Peace 'Just Starting' After Kurdish PKK Militants Disband, last update 13.05.2025; Turkish Minute, Turkey says it will continue anti-PKK operations until 'region cleared', last update 15.05.2025; Deutsche Welle, What does the end of the PKK mean for Turkey?, last update 15.05.2025; Cyprus Mirror, All Eyes Turn to Next Steps amid PKK's Dissolution, last update 13.05.2025; Associated Press, Turkey says it is closely monitoring PKK disbandment to secure peace, last update 13.05.2025.
- 32 Deutsche Welle Türkçe, Boğaziçi'nde protesto eylemine katılan 6 öğrenci tutuklandı [Six students participating in a protest in Boğaziçi were arrested], last update 14.05.2025; Reuters, Turkish police detain 97 students over university protest, last update 14.05.2025; Stockholm Center for Freedom, Turkish police detain 97 people in university protest over preacher's views on child marriage, last update 14.05.2025; Euronews, İstanbul Valiliği çıkan olaylarda 13 emniyet mensubunun 'hafif şekilde' yaralandığını bildirdi [The Istanbul Governor's Office reported that 13 police officers were "slightly injured" in the incidents], last update 14.05.2025; Birgün, Boğaziçi Üniversitesi'nde "Nureddin Yıldız" protestosu: 97 öğrenci gözaltına alındı [The Istanbul Governor's Office reported that 13 police officers were "slightly injured" in the incidents], last update 14.05.2025; Serbestiyet, Analiz: Nureddin Yıldız aslında ne demişti, nasıl yansıtıldı? [Analysis, What did Nureddin Yıldız actually say, and how was it reported?], last update 15.05.2025.
- 33 Anadolu Ajansı, İBB'ye yönelik yolsuzluk soruşturmasında 22 şüpheli yakalandı [22 suspects arrested in corruption investigation against IBB], last update 20.05.2025; BirGün, İBB'ye 4. dalga operasyonu: 49 kişi hakkında gözaltı kararı [4th wave operation against IBB: Detention warrant for 49 people], last update 23.05.2025; Bianet English, How many people have been arrested in the Istanbul Municipality operations?, last update 23.05.2025.
- 34 Bianet English, Erdoğan: I have no intention to be re-elected or to run again, last update 22.05.2025.
- 35 Anka Haber Ajansı, İstanbul Cumhuriyet Başsavcılığı: İstanbul merkezli 36 ilde yapılan FETÖ operasyonunda 56 muvazzaf asker gözaltına alındı [İstanbul Chief Public Prosecutor's Office: 56 regular soldiers were detained in a FETÖ operation in 36 provinces centred in İstanbul] last update 23.05.2025; Anadolu Ajansı, İstanbul merkezli 36 ilde FETÖ'ye yönelik operasyonda 56 zanlı yakalandı [56 suspects arrested in İstanbul-centred operation against FETÖ in 36 provinces], last update 23.05.2025.
- 36 Turkish Minute, Turkey targets İstanbul city officials, mayors in expanding crackdown on opposition, last update 31.05.2025; Anadolu Ajansı, İstanbul'daki yolsuzluk soruşturmasında 47 şüpheliden 30'u gözaltına alındı [İstanbul'daki yolsuzluk soruşturmasında 47 şüpheliden 30'u gözaltına alındı], last update 31.05.2025; Stockholm Center for Freedom, 25 more arrested, acting mayor investigated in widening corruption probe linked to İmamoğlu, last update 27.05.2025; Rudaw, İBB Başkanvekili Nuri Aslan hakkında soruşturma başlatıldı [Investigation launched against IBB Deputy Mayor Nuri Aslan], last update 27.05.2025; Deutsche Welle Türkçe, İBB Başkanvekili Nuri Aslan'a soruşturma [Investigation against IBB Deputy Mayor Nuri Aslan], last update 27.05.2025; BBC News Türkçe, İBB Başkanvekili Nuri Aslan hakkında soruşturma açıldı [İBB Deputy Mayor Nuri Aslan under investigation], last update 27.05.2025; Frankfurter Rundschau, Erdogan steigert den Druck: In der Türkei startet neue Verhaftungswelle gegen CHP, last update 02.06.2025; Rudaw, GÜNCELLENDİ - İBB'ye 5. dalga operasyon: Belediye başkanları da dahil 47 kişi hakkında gözaltı kararı [UPDATED - 5th wave operation against IBB: Detention warrant for 47 people including mayors], last update 31.05.2025; T-Online, Türkische Polizei startet Festnahmewelle von Oppositionellen, last update 31.05.2025.
- 37 Stockholm Center for Freedom, Turkey arrests 61 active-duty military officers over Gülen links, last update 27.05.2025; Anadolu Ajansı, İstanbul merkezli 36 ildeki FETÖ'ye yönelik operasyonda gözaltına alınan 61 muvazzaf asker tutuklandı [61 active duty soldiers detained in an operation against FETÖ in 36 provinces centered in İstanbul arrested], last update 27.05.2025; Stockholm Center for Freedom, 23 detained in latest crackdown on allegedly Gülen-linked döner chains in Turkey, last update 27.05.2025; Turkish Minute, Turkey arrests 13 in dessert chain probe over alleged Gülen links , last update 30.05.2025; Habertürk, Künefe zincirine FETÖ operasyonu: 33 gözaltı [FETÖ operation against a künefe chain: 33 detained], last update 27.05.2025.
- 38 Stockholm Center for Freedom, 18 detained in İstanbul over silent 'standing man' protest on Gezi anniversary, last update 29.05.2025; Gerçek gündem, Taksim'de Gezi'nin Yıldönümünde 'Duran Adam' Eylemi! 18 Genç Gözaltına Alındı [Standing Man" protest in Taksim on the anniversary of Gezi! 18 young people detained], last update 28.05.2025; Anka Haber Ajansı, Taksim'de "Duran Adam" eylemi yapan 18 genç gözaltına alındı [18 youth detained for "Standing Man" protest in Taksim], last update 28.05.2025; Zeit, Mindestens 87 Demonstranten in Istanbul festgenommen, last update 01.06.2025; Deutschlandfunk, Mindestens 87 Demonstranten in Istanbul festgenommen, last update 01.06.2025.
- 39 Council of Europe, Türkiye: Anti-racism experts report progress, but challenges remain, last update 12.06.2025; Turkish Minute, CoE monitoring body warns hate speech, crimes worsening in Turkey, last update 12.06.2025; Anka Haber Ajansı, İrkçılık ve Hoşgörüsüzlüğe Karşı Avrupa Komisyonu'nun Türkiye raporu: Medyada Aleviler, Kürtler, mülteciler ve LGBTİ bireylere yönelik nefret söylemi yaygın [Turkey report by the European Commission against Racism and Intolerance: Hate speech against Alevi, Kurds, refugees and LGBTI people is widespread in the media], last update 12.06.2025.
- 40 Birgün, İstanbul'da ev baskınları: Gazeteciler gözaltında [House raids in İstanbul: Journalists in custody], last update 13.06.2025; Turkish Minute, Turkish police detain 4 journalists in early morning operation, last update 13.05.2025.

-
- 41 Bianet, Fatih Altaylı gözaltına alındı [Fatih Altayli detained], last update 22.06.2025; Bianet, Fatih Altaylı tutuklandı [Fatih Altayli arrested], last update 22.06.2025; Anka Haber Ajansı, İstanbul Barosu: Fatih Altaylı'ya yönelik haksız ve keyfi tutuklama kararı kaldırılmalı [Istanbul Bar Association: Unjust and arbitrary arrest warrant against Fatih Altaylı should be cancelled], last update 22.06.2025; Anadolu Ajansı, DMM'den gazeteci Fatih Altaylı'nın tutuklanmasına ilişkin açıklama [DMM's statement on the arrest of journalist Fatih Altayli], last update 22.06.2025.
- 42 Bianet English, İstanbul mayor's lawyer arrested in same corruption investigation, last update 20.06.2025; Anka Haber Ajansı, Türkiye Barolar Birliği tutuklanan avukat Mehmet Pehlivan için yürüyecek [Union of Turkish Bar Associations to march for arrested lawyer Mehmet Pehlivan], last update 20.06.2025; Anka Haber Ajansı, Türkiye Barolar Birliği, İmamoğlu'nun avukatı Pehlivan'ın tutuklanması üzerine olağanüstü toplandı: Savunma asla susmayacak, korkmayacak ve itaat etmeyecek [The Union of Turkish Bar Associations held an extraordinary meeting upon the arrest of İmamoğlu's lawyer Pehlivan: Defence will never be silent, afraid or obedient], last update 20.06.2025; ICJ, Türkiye: ICJ condemns the arrest of Mehmet Pehlivan, the lawyer representing Istanbul Mayor Ekrem İmamoğlu, last update 20.06.2025.
- 43 Turkish Minute, Amnesty calls for release of dozens detained at İstanbul Pride March, last update 23.06.2025; Evrensel, İstanbul'da Trans Onur Yürüyüşü engellere rağmen yapıldı [Trans Pride March held in Istanbul despite obstacles], last update 22.06.2025; Bianet English, Gay politician among 41 detained as police storm LGBTI+ event in İstanbul, last update 29.06.2025; Yeni Şafak, İstanbul'da LGBT provokasyonuna karşı önlem: Taksim Meydanı yaya girişine kapatıldı [Precautions against LGBT provocation in Istanbul: Taksim Square closed to pedestrians], last update 29.06.2025; Reuters, Turkish police detain dozens at banned İstanbul Pride march, lawmaker says, last update 29.06.2025; AP News, Turkish police detain over 50 people in crackdown on İstanbul Pride march, last update 29.06.2025; Bianet English, Access to Kaos GL website blocked by court order, last update 28.06.2025.
- 44 Nefes, İmamoğlu'na bir dava daha [Another lawsuit against İmamoğlu], last update 24.06.2025; Anadolu Ajansı, Ekrem İmamoğlu'na cumhuriyet savcılarının hakaretten dava [Klage gegen Ekrem İmamoğlu wegen Beleidigung von Staatsanwälten], last update 24.06.2025.

Impressum

Herausgeber

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge,
90461 Nürnberg

ISSN

2943-1840

Stand

06/2025

Druck

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Gestaltung

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Bestellmöglichkeit

Publikationsstelle Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
www.bamf.de/publikationen

Sie können diese Publikation auch als barrierefreies PDF-Dokument herunterladen.

Die Publikation wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags-, und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

www.bamf.de